

erschint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,20 Mark, monatlich 1,20 Mark, wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Ständige Nummer 2 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Wochensubskription: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Bezugnahme: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2,50 Mark pro Monat. Ständer. In der Post-Verwaltung-Verzeichnisse für 1892 unter Nr. 6002.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf. für Berechnung und Veranlassung. Einzigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Aufsicht: Amt 1, Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 16. November 1892.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die amerikanische Präsidentschaftswahl.

Die alte Welt stand unter der Herrschaft des Fatums, der heimarmens, des unabwendbaren geheimnisvollen Schicksals. So bezeichneten Griechen und Römer jene unsichtbare Allgewalt, die alles menschliche Wollen und Streben zu nichte machte, alle menschliche That zu ganz anderen Resultaten als den beabsichtigten führen ließ; jene unwiderstehliche Gewalt, die man seitdem Vorsehung, Gnadenwahl u. c. genannt hat. Diese mysteriöse Gewalt hat allmählich eine fahrbare Form angenommen, und das verdanken wir der Herrschaft der Bourgeoisie und des Kapitals, der ersten Klassenherrschaft, die sich über ihre eigenen Basenursachen und Bedingungen klar zu werden suchte, und damit auch die Thür öffnete zur Erkenntnis der Unabwendbarkeit ihres eigenen bevorstehenden Unterganges. Das Schicksal, die Vorsehung — das wissen wir jetzt — sind die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen produziert und ausgetauscht wird, und diese fassen sich heute zusammen im Weltmarkt.

Und darin liegt die Bedeutung der amerikanischen Präsidentschaftswahl, daß sie ein Weltmarktereignis ersten Ranges ist.

Vor vier Jahren ließ ich in Boston englisch, und in Stuttgart deutsch einen Aufsatz über Schutz Zoll und Freihandel drucken. Ich wies darin nach, daß das industrielle Monopol Englands mit der ökonomischen Entwicklung der übrigen Kulturländer unverträglich sei: daß der seit dem Bürgerkrieg in Amerika eingeführte Schutz Zoll den Willen der Amerikaner bezuge, das Joch dieses Monopols abzuschütteln; daß dank den ungeheuren natürlichen Hilfsquellen und der intellektuellen und moralischen Begabung der amerikanischen Rasse dies Ziel jetzt schon erreicht, und der Zollschutz in Amerika nicht minder als in Deutschland eine Fessel der Industrie geworden sei. Und dann sagte ich: Wenn Amerika Freihandel einführt, so schlägt es in zehn Jahren England auf dem Weltmarkt.

Nun gut. Die Präsidentschaftswahl vom 8. November 1892 hat die Bahn zum Freihandel eröffnet. Der Zollschutz in der Mac Kinley'schen Form ist zur unerträglichen Fessel geworden; die widerwärtige Vertierung aller eingeführten Rohstoffe und Lebensmittel, die auch auf den Preis vieler inländischen Waren wirkte, hat der amerikanischen Industrie den Weltmarkt größtenteils verschlossen, während der heimische Markt bereits an Ueberfüllung durch amerikanische Industrieprodukte litt. Und in der That, in den letzten Jahren diente der Zollschutz nur noch dazu, die kleineren Produzenten zu ruinieren durch den Druck der großen, zu Kartellen und Trusts vereinigten Großproduzenten, und diesen letzteren, als dem organisierten Monopol, den Markt und damit die

\*) Neue Zeit, 1888, Juli: „Schutz Zoll und Freihandel“ von Fr. Engels.

konsumierende Nation zur Ausbeutung zu überliefern. Dieser durch den Schutz Zoll verursachten permanenten inneren Industriekrisis kann Amerika nur entgehen, indem es sich den Weltmarkt öffnet, und dazu muß es sich vom Schutz Zoll, wenigstens in seiner jetzigen widersinnigen Form, emanzipieren. Daß es dies zu thun entschlossen, zeigt der in der Wahl zu Tage tretende totale Umschwung der öffentlichen Meinung. Einmal auf dem Weltmarkt etabliert, wird Amerika — wie England, und durch England — unaufhaltsam auf der Bahn des Freihandels weiter getrieben.

Und dann werden wir einen Industriekampf erleben, wie keinen bisher. Auf allen Märkten werden englische Produkte, namentlich Textil- und Eisenwaren mit amerikanischen zu kämpfen haben und schließlich unterliegen. Schon jetzt schlagen amerikanische Baumwoll- und Leinwandgewebe die englischen aus dem Felde. Wollt ihr wissen, wer das Wunder bewirkt hat, die Baumwollarbeiter von Lancashire in einem kurzen Jahr aus wüthenden Segnern zu begeisterten Anhängern des geschlichen Achtstundentages zu machen? Schlagt die „Neue Zeit“ nach, Nr. 2 vom Oktober d. J. S. 56, wo ihr sehen könnt, wie die amerikanischen Baumwoll- und Leinwandgewebe die englischen Schritt für Schritt aus dem heimischen Markt verdrängen, wie die englische Einfuhr seit 1881 nie mehr die amerikanische erreicht hat und 1891 nur noch ungefähr ein Drittel der letzteren betrug. Und China ist, neben Indien, weitaus der Hauptmarkt für diese Gewebe.

Das ist wieder ein Beweis, wie mit der Wende des Jahrhunderts alle Verhältnisse sich verschieben. Legt den Schwerpunkt der Textil- und Eisenindustrie von England nach Amerika, und England wird entweder ein zweites Holland, ein Land, dessen Bourgeoisie von vergangener Größe zehrt, und dessen Proletariat eintrudnet, oder — es reorganisiert sich sozialistisch. Das letztere ist nicht möglich, das läßt sich das englische Proletariat nicht gefallen, dazu ist es viel zu zahlreich und zu entwickelt. Bleibt also nur das zweite. Der Sturz des Schutz Zolls in Amerika bedeutet den schließlichen Sieg des Sozialismus in England.

Und Deutschland? Wird es, das schon 1878 sich eine Stellung auf dem Weltmarkt erobert, die es, dank seiner thörichtesten Schutz Zollpolitik, jetzt Schritt um Schritt verliert, wird es dabei beharren, sich durch Besteuerung von Rohstoffen und Lebensmitteln den Weg zum Weltmarkt auch fernherhin halbstarrig selbst zu verschließen, auch gegenüber der amerikanischen Konkurrenz, die noch ganz anders ins Zeug gehen wird als bisher schon die englische? Wird die deutsche Bourgeoisie den Verstand und den Muth haben, dem von Amerika gegebenen Beispiel zu folgen, oder wird sie, schlapp wie bisher, abwarten, bis die übermächtig gewordene amerikanische Industrie das Schutz Zoll-Kartell zwischen Junfer und Großfabrikant gewaltsam sprengt? Und wird Regierung und Bourgeoisie endlich einsehen, wie prachtvoll ungeachtet der Moment gewählt ist, gerade jetzt die ökonomischen Kräfte

Deutschlands durch neue, unerschwingliche Militärlasten zu erdrücken, wo es sich darum handelt, den industriellen Wettbewerb aufzunehmen mit der jugendkräftigsten Nation der Welt, die in wenig Jahren ihre kolossale Kriegsschuld spielend abbezahlt hat, und deren Regierung nicht weiß, was sie mit den Steuererträgen anfangen soll?

Die deutsche Bourgeoisie hat — vielleicht zum letzten Male — die Gelegenheit, endlich eine große That zu thun. Hundert gegen eins, sie ist zu beschränkt und zu feig, sie zu etwas anderem zu benutzen, als zum Beweis, daß sie endgiltig ausgespielt hat. Friedrich Engels.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. November.

Die preussische Vermögenssteuer bringt in der Bourgeoisie die größten Beklemmungen hervor. Die konservativen Agrarier fühlen dieselben weniger; die Vortheile, welche ihnen die Steuererträge bringen, sind zu handgreiflich, als daß die geringe Vermögenssteuer und die Konsequenzen, welche die Bourgeoisie fürchtet, sie schrecken sollten. Sie fühlen sich zu sicher im Besitze der Regierung und wissen, daß diese alles eher thun würde, als ihnen ins Fleisch schneiden. Die liberale Bourgeoisie hat desto größere Sorgen vor der Vermögenssteuer. So schreibt die „Vossische Zeitung“:

Keine Partei ist über die Vermögenssteuer in ähnlichem Maße erregt wie die Sozialdemokratie. Und sie hat Grund zu der Erregung. Denn das ist Gift von ihrem Geiße. Sie darf frohlocken, daß der „Staat der Bourgeoisie“ ihr durch Aufstellung des Vermögenskatasters vorarbeiten. Wenn in Zukunft Mehrforderungen an die Volksvertretung ergehen, so wird nichts natürlicher als das Verlangen sein, die nöthigen Summen durch Erhöhung der Vermögenssteuer aufzubringen. Heute kann man leicht die Kasse zucken und meinen, von 6000 Mark Vermögen zwei Mark jährlich oder von 100 000 M. Vermögen 50 M. jährlich Vermögenssteuer zu zahlen, das sei nicht des Aufhebens werth. Aber, hätte ein Finanzminister nicht sowohl die Vermögenssteuer von einem halben pro Mille, sondern vielleicht von 5 pro Mille oder auch von 1 pCt. oder mehr im Auge, so müßte er ein schlechter Diplomat sein, wenn er eine solche Forderung alsbald stellte oder eine solche Absicht zugäbe. Nur der erste Schritt kostet Mühe; alles übrige folgt von selbst.

Die Aufstellung des Vermögenskatasters allein schreckt schon das „freimüthige“ Blatt. Hat man doch Jahre lang den Sozialdemokraten den unsinnigen Vorwurf gemacht, daß sie „theilen“ wollen, und nachzuweisen versucht, daß für den Einzelnen dabei verflucht wenig herauskäme. Den Kleinbauer und Kleinbürger hat man besonders mit dem Gespenst des „Theilens“ in Schrecken versetzt. Nach der amtlichen Berechnung des Privatvermögens verliert der Bedante des „Theilens“, der geradezu im Gegen-

### Feuilleton.

Redaction verbatim.

14

### Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Als großen hellgrünen Fleck sah man die Blätter der Bäume draußen im Freien schimmern. Aus den Zimmern des Restaurants strahlte helles Licht auf sie.

Duroy setzte sich auf einen niedrigen Divan von derselben rothen Farbe wie die Wandbehänge. Er hatte den Eindruck, als fiele er in ein Loch, so gaben die abgestoffenen Federn unter ihm nach. Ein unbestimmtes Brausen drang aus dem großen Hause zu ihm hinein, der verworrene Lärm eines Weltrestaurants: da klapperte Porzellan und Silbergeschirr beim Zusammenstoßen; das Geräusch eiliger Kellnerschritte erklangen die Teppiche der Korridore; Thüren klapperten und ließen, wenn sie einen Augenblick offen blieben, den Stimmengewirr aus den kleinen Zimmern tönen, in denen speisende Gäste eingengt saßen.

Forestier trat ein und schüttelte ihm mit einer herzlichen Vertraulichkeit, wie er sie in den Redaktionsräumen der „Die Francaise“ niemals zeigte, die Hand.

„Die beiden Damen kommen zusammen“, sagte er. „Die Diners hier sind immer sehr hübsch.“ Dann sah er den Tisch an, drehte eine dunkelbrennende Gasflamme sofort aus und schloß aus Angst vor Zug den einen Fensterflügel. Er setzte sich in eine geschützte Ecke und meinte: „Ich muß sehr aufpassen; einen Monat lang

ging es recht gut, aber seit einigen Tagen ist es wieder schlechter. Ich muß mich am Dienstag beim Verlassen des Theaters erlötet haben.“

Die Thür öffnete sich und gefolgt von einem Oberkellner erschienen die beiden jungen Frauen. Sie waren dicht verschleiert und in ihrem ganzen Benehmen lag jene Zurückhaltung, jener Reiz des Geheimnisvollen, wie ihn Orte verleihen, wo Zusammensein und Begegnung Verdacht erregen können.

Man nahm Platz, und der Oberkellner bot Forestier die Weinkarte. Frau von Marelle aber rief: „Die Herren können wählen, was sie wollen; uns aber bringen Sie Champagner in Eis, vom besten, süßen natürlich und nichts anderes.“

Als der Kellner verschwunden war, lachte sie übermüthig: „Heut Abend wollen wir aber lustig sein; ich will mich mal beschickern!“

Forestier schien nicht darauf zu hören und fragte: „Würden Sie etwas dagegen haben, wenn wir den anderen Flügel auch noch schlössen? Seit ein paar Tagen ist meine Brust etwas angegriffen.“

„Nicht im Geringsten.“ Er stand auf, schloß den halbgeöffneten Flügel und kehrte mit beruhigter, zufriedener Miene auf seinen Platz zurück.

Seine Frau sagte nichts: sie hatte die Augen auf den Tisch geheset und sah mit ihrem unbestimmten Lächeln, das stets etwas zu veripreden und nie zu halten schien, auf die Gläser.

Öfrender Lustern wurden gebracht. Klein und fett saßen sie wie Dohren in ihren Schalen und schmolzen wie salzige Bonbons zwischen Gaumen und Zunge.

Nach der Suppe kamen Forellen, so zart und rosig,

wie die Haut eines jungen Mädchens, auf den Tisch. Nun begann die Gesellschaft zu plaudern.

Zuerst sprach man von einem Bericht, das herumlief: eine Frau aus der feinen Gesellschaft war beim Souper mit einem auswärtigen Prinzen in einem Cabinet von einem Freunde ihres Gatten überrascht worden.

Forestier lachte sehr über die Geschichte. Die beiden Frauen aber erklärten, daß der unbedachte Schwärmer ein Trottel oder ein Feigling sein müsse. Duroy war ihrer Meinung und vertret eifrig die Ansicht, daß ein Mann die Pflicht habe, bei solchen Geschichten gleichviel ob als Teilnehmer, Vertrauter oder einfacher Zeuge, wie das Grab verschwiegen zu sein. Er setzte hinzu: „Wie würde das Leben voller Reiz sein, wenn wir auf völlige Verschwiegenheit unter einander rechnen könnten. Oft, sehr oft, ja fast immer hält die Frauen nur die Angst vor der Entdeckung zurück.“

Lächelnd fuhr er fort: „Stimmt das nicht? Wie viele würden sich nicht einem rasch in ihnen erwachten Verlangen, der plötzlichen, wilden Laune einer Stunde, einer Liebesphantasie hingeben, wenn sie nicht fürchteten, ein kurzes, kaum genossenes Glück mit der unrettbaren Vernichtung ihres Rufes und schmerzlichen Thränen bezahlen zu müssen.“

Er sprach mit so überzeugender Beredsamkeit, als wenn er seine eigene Sache verteidigen, als wenn er sagen wollte: „Bei mir hätte man solche Gefahren nicht zu befürchten. Versuchen Sie es nur einmal!“

Die beiden Frauen sahen ihn an, und ihre Blicke sagten, daß sie keine Meinung billigten. Sie fanden seine Worte angemessen und richtig, und bewiesen durch ihr freundschaftliches Schweigen, daß ihre biegsame Moral, die Moral der Pariserin, nicht lange Stand halten würde, wenn sie des Geheimnisses sicher wären.

sch zu der sozialdemokratischen Vergesellschaftung des Kapitals sieht, gerade beim Kleinbürger und Kleinbauer seine Schrecken. Er erfährt jetzt amülich, daß wenn das gesammte Privatvermögen getheilt würde, ohne daß man die Vermögen unter 6000 M. antastet, auf den Kopf der Bevölkerung 2500 M. fallen, so daß der Kleinbürger oder Kleinbauer, der nur eine Frau und zwei Kinder hat, bei dieser „Theilung“ noch 10 000 M. erhalten würde. Bei einer größeren Familie natürlich noch weit mehr. Und dabei behält er noch sein bißchen Kraut oder seine paar Morgen Land. Aber nehme man nun gar erst das gesammte Privatvermögen in genossenschaftliches Vermögen umgewandelt. Nach der Berechnung der Regierung wirft das Aktienkapital einen Gewinn von 18 pCt. ab. Welch netter Zuschuß wäre das zu dem Arbeitslohn des Arbeiters! Sein heutiges Einkommen müßte sich danach durchschnittlich verdreifachen.

So weit verfeigen sich die Gedanken der Tante Voss nicht. Aber sie sieht andere Gespenster innerhalb des gegenwärtigen Staates vor sich aufsteigen. Die Vermögenssteuer, sagt sie, trägt wie keine andere alle Voraussetzungen in sich, die eigentliche Kriegsteuer zu werden.

Wenn der Kredit des Staates stockt, wenn Anleihen nicht hinreichend Unterkommen finden sollten, wenn in kurzer Frist außerordentlich große Summen aufgebracht werden müssen, dann wird der Finanzminister einfach nach dem Vermögenskataster greifen und die Steuer ausdehnen, nicht mit einem halben pro Milie, sondern mit erheblichen Prozenten.

Welche Möglichkeiten doch die alte Tante schon vor Augen sieht! Sie illustriert deutlich den Bismarck'schen Spruch: Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt, in Verbindung mit dem kapitalistischen Grundsatz: Mag der ganze Staat zusammenstürzen, wenn nur unser Privatvermögen unangestastet bleibt.

**Kerzliche und pharmazeutische Staatsprüfungen.** Im Prüfungsjahre 1891/92 bestanden bei den königlichen medizinischen und pharmazeutischen Prüfungskommissionen von 822 Doktoren und Kandidaten der Medizin 571, von 804 Kandidaten der Pharmazie 265 die Prüfungen.

**Hamburg, Altona und Stettin cholerafrei erklärt.** Die im kaiserlichen Gesundheitsamt gebildete Cholera-Kommission hat am 14. d. M. folgende Beschlüsse gefaßt:

1. In Anbetracht der Thatsache, daß in Hamburg erhasen seit dem 18. Oktober eine Erkrankung an Cholera nicht mehr vorgekommen ist, daß ferner seit dem 23. Oktober nur noch drei vereinzelte Cholera-Erkrankungen in der Stadt Hamburg sich ereignet haben, mit Rücksicht endlich auf die fortlaufende gesundheitliche Ueberwachung der im Hamburger Hafen verkehrenden Schiffe erscheint es zulässig, von Anwendung der Maßregeln gegen Verkeimung von Hamburg aus Grund der Vereinbarung vom Jahre 1889 in deutschen Häfen nunmehr abzusehen.

Aus gleichen Erwägungen ist es zulässig, die Verkeimung von Altona und Stettin in ähnlicher Weise zu behandeln.

2. In Anbetracht der Thatsache, daß auch während der diesjährigen Cholera-Epidemie irgend welche Fälle von Verschleppung der Seuche durch den Waarenverkehr im Inlande nicht bekannt geworden sind, trotzdem in eine große Zahl von Ortschaften solche Sendungen von Hamburg aus gelangt sind, erscheint es nicht gerechtfertigt, im Auslande Waarensendungen aus Hamburg (Verkehrsgüter) aus Altona oder Stettin gesundheitlich auf Grund der Cholera-Gefahr zu beanstanden, zumal solche Sendungen bis zu ihrer Ankunft im ausländischen Bestimmungsort erheblich längere Zeit nach dem Verlassen von Hamburg (bzw. Altona und Stettin) unterwegs gewesen sind, als die in inländischen Orten eintreffenden Sendungen.

Mit Rücksicht auf den Beschluß unter Nr. 1 sind die Regierungen der Bundesstaaten von dem Reichsamtler ersucht worden, von einer gesundheitspolizeilichen Kontrolle der aus Hamburg, Altona und Stettin kommenden Seeschiffe fortan Abstand zu nehmen.

**Die Emser Depesche.** Der Fälscher fühlt das Bedürfnis, sich zu verteidigen — oder zu entschuldigen. Er schreibt in seinen „Hamburger Nachrichten“:

„Die Vorgänge bei der Publikation der Emser Depesche sind aus bekannten Anlässe in der Presse aufs neue diskutiert worden; dabei hat man das Verhalten des Grafen Bismarck häufig als eine bedenkliche und tadelnswürdige Sache dargestellt. Logisch wäre daraus zu schließen, daß alle diejenigen, die so sprechen, es lieber sehen würden, wenn der Krieg überhaupt nicht geführt worden wäre. Wenn Graf Bismarck damals

durch die Veröffentlichung der Depesche darauf hingewirkt hat, die Franzosen bis zur vollen Uebernahme der Initiative und der Schuld am Kriege zu reizen, so glauben wir, daß der damalige Leiter der Politik sich damit um Deutschland wohl verdient gemacht hat. Wäre die französische Kriegserklärung damals nicht erfolgt, wäre der ganze Krieg unterblieben, so blieb die Thatsache bestehen, daß Deutschland in einer spanischen Angelegenheit von Frankreich grundlos bedroht, in öffentlichen französischen Verhandlungen beschimpft und herausgefordert war und sich vor diesen Drohungen und Beschimpfungen von seiner eingenommenen Stellung zurückgezogen hatte. Es wäre in eine ähnliche Lage gekommen, wie sie 1860 den nationalen und liberalen Politikern als das Ergebnis von Olmütz erschien. Thatsächlich wäre die Lage 1870 aber demüthigender gewesen als die der Olmützer Zeit, weil in Olmütz Oesterreich im Bunde mit Ausland auftrat und der österreichischen Politik wirkliche österreichische Interessen zu Grunde lagen, während die französischen Herausforderungen 1870 rein muthwillig und händelsüchtig waren. Nur durch den gemeinsamen Krieg war die deutsche Einheit zu vollenden. Erfolgte der Kampf nicht, so hätte Norddeutschland eine schwere Schädigung seiner nationalen Ehre und seiner nationalen Aufgaben weg und konnte sich aus der ehroverletzten Lage, in die es gerathen war, nur durch Neuschaffung vielleicht ungeschickter Kriegserregungen retten, die nicht bloß im Auslande unverständlich geblieben oder unliebbar aufgenommen worden wären. Nicht um „den Krieg“ noch heißer zu entflammen“, wie sich ein nationalliberales Blatt ausdrückt, sondern um demüthigende Friedenssituationen und die Sohmlegung der nationalen Entwicklung zu hindern, und um diese nationale Entwicklung in den günstigen Weg gemeinsamer Kämpfe aller Deutschen gegen erneute französische Uebergriffe zu leiten, war der Krieg notwendig. Wäre er unterblieben und an seine Stelle ein fauler Friede mit Beibehaltung der Maingrenze getreten, so wäre damit die junge Wäpge des Norddeutschen Bundes wahrscheinlich gelindert gewesen, ohne die Frucht der Reichseinigung zu bringen.“

Der Fälscher hätte besser gethan, zu schweigen. Um die Fälschung zu beschönigen, läßt er, daß Deutschland oder Preußen gedemüthigt gewesen sei, wenn die Depesche nicht gefälscht und Frankreich zum Krieg getrieben worden wäre. Auch wenn das wahr wäre, wäre es Schindlerhannes-Moral. Das Gegenheil ist aber wahr. Frankreich, d. h. Napoleon, war in Ems gedemüthigt, denn Benedetti hatte sich mit der entschieden ablehnenden Antwort des Königs Wilhelm „zufrieden gegeben“, wie es in der echten Emser Depesche ausdrücklich heißt.

Der Fälscher fühlt auch, daß diese faulstidide Lüge von niemand geglaubt wird. Und da läßt er denn, um das Urtheil zu blenden, die Glorie des „heiligen Krieges“ mit seinen vielen Siegen und den Zuwoelen des neuen deutschen Kaiserreichs vor den Augen des Publikums blinken und funkeln.

Das ist das Vertheidigungssystem jener hochkapelnden Buhdixne, die dem Gerichtshof als letztes Argument zurief: Ja hätte ich nicht betrogen und geschwindelt, so hätte ich diese Diamanten und Prachtstücke nicht.

Die Hochkapelnerin ward in's Buchhaus geschickt. Und der Fälscher der Emser Depesche? —

**Das der „Christliche“ „Reichsbote“ die Bismarck'schen Fälschungen vertheidigt, wundert uns nicht.** „In majorem Dei gloriam“, zur größeren Verherrlichung Gottes, lautet der Wahlspruch der Jesuiten. Der „Reichsbote“ sucht die Bismarck'sche Fälschung durch andere Fälschungen zu entpöndeln und hat Max N. „Permanens“ dazwischen abgeföhrt. Sie schreibt:

„Das es damals in Frankreich Kriegshörer gab, und zwar in verschiedenen sozialen Regionen, ist sicher. Ob sie aber durchgebrungen wären, wenn die beruhigenden Nachrichten Benedetti's von Ems her zur Geltung hätten kommen können, während in der Bismarck'schen „Reaktion“ der Emser Depesche Frankreich durch die dröckste Abweisung seines Boten nach ganz Europa als beleidigt dastand, ist eine andere Frage. Wir wissen ja nunmehr, daß Bismarck den Krieg für seine Zwecke wollte, ihn vielleicht auch früher oder später für unvermeidlich hielt und deshalb damals die militärisch unferigen Franzosen reizte.“ Wenn Bismarck das selbst sagt, wie kann der „Reichsbote“ es ignoriren und thun, als wenn nichts Neues vorläge?

Das „Christenthum“ hat den „Reichsboten“ nicht gehindert, den Stöcker zu vertheidigen, warum sollte es nicht auch die Bismarck'schen Fälschungen in Schutz nehmen.

**Die „Ruhmesthal“ Bismarck's ist das**

Frau Forestier bemerkte in ihrer Art die Dinge nur anudeuten: „Rein Glück läßt sich mit dem ersten Händedruck, kein Glück mit dem Augenblick vergleichen, wo er fragt: Liebst Du mich? und sie antwortet: Ja, ich liebe Dich!“

Frau von Marelle, die eben ein Champagnerglas in einem Zuge geleert hatte, stellte den Reih hin und sagte lustig: „So platonisch bin ich nicht.“

Alle lächelten und ihre Augen funkelten. Sie waren mit Frau von Marelle einverstanden.

Forestier lehnte sich in dem Divan zurück, breitete seine Arme aus und stützte sich auf die Kissen. In ersten Tone meinte er: „Dies offene Geständniß ehrt Sie und beweist, was für eine praktische Frau Sie sind. Aber darf man vielleicht fragen, was Herr von Marelle dazu sagt?“

Sie suchte in unendlicher, tiefer Verachtung leicht mit den Achseln und sagte dann kurz: „Herr von Marelle hat darüber nichts zu sagen.“

Nun war der Augenblick gekommen, wo das Gespräch abirrte und sich in leisen Zweideutigkeiten erging. In verdeckten Andeutungen entrollten die Worte Bilder dessen, was man offen „in guter Gesellschaft“ nicht sagen darf. Die „gute Gesellschaft“ liebt diese Art unreiner Gedankenberührung.

Der Braten, Rebhühner und Wachstel mit Schoten, war aufgetragen worden, eine Gänseleberpastete mit Salat war geföhrt, dessen zackige Blätter wie grüner Söhrt eine große, schalenförmige Schüssel füllten, und sie hatten von allem gegessen, ohne auf den Geschmack zu achten, ohne recht zu wissen, was sie aßen, so ausschließlich waren sie mit dem beschäftigt, was sie sagten, so eifrig plätscherten sie in dem Liebesbade herum.

Die beiden Damen wurden immer deutlicher in ihren Anspielungen; Frau von Marelle brachte ihre Scherze mit einer natürlichen Dreistigkeit an den Mann, die provozirend wirkte, Frau Forestier hingegen mit einer reizenden Zurückhaltung, einer Scham in Ton, Stimme, Lächeln, Haltung, die, statt Kühnheiten ihrer Ausdrücke zu mildern, wie es den Anschein hatte, sie erst recht untertrieb.

(Fortsetzung folgt.)

größte Schandblatt der deutschen Geschichte. Um die Einigung Deutschlands auf vollständiger Basis zu hindern, tauchte er es in ein Meer von Blut und schuf einen Sumpf der Korruption, in dem er Ehre, Freiheit, Wahrheit und Recht zu ersticken suchte.

**Deutsche Gastlichkeit.** Wohnt da in Braunschweig seit 18 Jahren ein Tischler aus dem freundnachbarlichen Oesterreich. Nichts Böses liegt gegen ihn vor. Am politischen Leben hat er sich nie öffentlich betheiliget. In den 18 Jahren war er in ein und derselben Fabrik in Braunschweig und in der Filiale derselben in Hainingen beschäftigt. Von hier aus hatte er sich einmal bei der Oberpostdirektion wegen unregelmäßiger Lieferung des „Vollfreundes“ beschwert und diese Beschwerde in einer Braunschweiger Volksversammlung wiederholt. Kurz darauf erhält er, wie der Braunschweiger „Vollfreund“ mittheilt, folgende Erklärung der Polizei:

Der österreichische Staatsangehörige, Tischler Julius Reel aus Joachimsthal in Böhmen, zur Zeit hier aufhaltend, wird, da er hier durch seine politischen Treibereien zu viel Salt fällt, des herzoglichen Braunschweigischen Landes verwiesen und hat binnen 8 Tagen bei Vermeidung der zwanngewiesenen Wegschaffung die hiesige Stadt und das Herzogthum zu verlassen.

Braunschweig, den 24. Oktober 1892.  
Derzol. Polizeidirektion.  
Prözel.

Vergebens ersucht Reel bei der Polizei um Auskunft, worin seine „politischen Treibereien“ bestanden hätten.

Die Luther'sche Maschinenfabrik stellte dem Ausgewiesenen folgendes Zeugniß aus:

Auf Wunsch bescheinige dem Tischler Julius Reel aus Salzburg, daß derselbe seit 10. März 1880 als Vorarbeiter in meiner Mühlenbau-Tischlerei beschäftigt ist und ich mit feiner Leistungen und Betragen desselben in jeder Beziehung zufrieden bin.

Und dieser Mann wird jetzt durch einen Federstrich mit seiner Familie ins Elend gestürzt. Wo findet er jetzt in der Winterszeit, wo Tausende arbeitslos umherirren, ein Unterkommen? Warum tritt nicht Oesterreich für seinen Aniein. Aber Reel ist nur ein Arbeiter — wie er in seiner Heimath rechtlos, so entbehrt er auch im Auslande jeden Schutzes. Der Arbeiter hat eben kein Vaterland.

Der Polizeidirektor Prözel ist ein sehr christlicher Mann, wie überhaupt in Braunschweig die „Christlichkeit“ eine sehr hohe Rolle spielt und die Polizei alles aufbietet, den christlichen Geist vor jeder Entweichung zu schützen. Mit der politischen Polizei hat es eine eigene Beschaffenheit in Braunschweig. Seit dem Jahre 1886 liegt sie in den Händen eines einzelnen Polizeiergeanten, der erst in den letzten paar Jahren auch äußerlich, seinen hohen Funktionen entsprechend, zum Polizei-Wachtmeister und vor einigen Monaten zum Polizei-Inspektor befördert wurde. Herr Bussenius verkörpert in Braunschweig die politische Polizei, er unterrichtet die höheren Behörden, er überwacht die Versammlungen, er verbietet und löst sie auf, er gilt in allen diesen Dingen als maßgebende Instanz in Braunschweig. Doch über Herrn Bussenius wollen wir nicht reden; ihm ist die Sozialdemokratie zu höchstem Dank verpflichtet; er hat selbst die Arbeiterkreise, welche ihr fern standen, uns in die Arme getrieben. Wir haben es hier auch mit dem Polizeidirektor Prözel und dem braunschweigischen Polizeiminister Sartwig zu thun; beide sind sie Männer von ausgeprägter christlicher und aristokratischer Gesinnung. Mögen sie doch mit ihrer Person für das bestehen, was unter ihrer Verantwortlichkeit geschieht. Warum ist der Tischler Reel ausgewiesen? Selb Antwort!

**Eine Einschränkung der Agitationsfreiheit bezüglich der Reichstagswahlen wünscht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unter Berufung auf die Freisinnspresse. Sie schreibt:**

„Mit Recht beschwert sich die Freisinnspresse über einen Unfug, der seines gleichen sucht. Im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg wird von antisemitischer Seite in Gunsten der Kandidatur Ahlwardt mit den politischen Rechten des Volkes ein Spott betrieben, welcher jeden entristen muß, der es mit Wahlrecht, Wahlagitation etc. ernst nimmt.“

Vielleicht thut der „freisinnige“ Abg. Alexander Meyer, der bereits so schöne Vorschläge zur Beschränkung der Pressefreiheit gethan, der „Norddeutschen Allgemeinen“ den Gefallen, geeignete Vorschläge zu machen.

**Die „vaterländische“ Preispolitik der Kartellbespöten wüthet so rabiat gegen den Volkswohlstand, daß sich im eigenen Lager bereits Stimmen gegen die Todtengräberarbeit der Kartell-Gesellschaften erheben.**

In der Generalversammlung des Bissener Bergwerks wurde seitens der Direktion — gewissermaßen als Entschuldigung für die magere Ausbeute — mitgetheilt, daß das westfälische Koalksjudikat nach Belgien, Luzemburg und Frankreich enorme Konsumtionen zu 7 bis 6 1/2 Mark, wahrscheinlich aber noch billiger, verkaufe, während die Inlandskonsumenten noch 12 M. zahlen müßten. Der Preisunterschied von 5 bis 6 M. auf die Tonne Koalks gegen den im Inlande bezahlten Preis mache aber eben soviel Mark auf die Tonne Kohleisen aus. Dabei können ausländische Hüttenwerke, welche den deutschen Koalks 5 bis 6 Mark billiger als deutsche Hochofenschmelzwerke beziehen, auch Kohleisen um 5 bis 6 M. billiger liefern, und daher lauft z. B. Krupp sein Kohleisen nicht in Deutschland, sondern in Frankreich, wo er es um 6 M. billiger erhalten kann. Da sich nun die Herstellungskosten für Koalks auf 8 bis 9 M. belaufen, so geschieht demnach der Verkauf nach dem Inland mit 3—4 M. Gewinn, hingegen der nach dem Ausland mit 2 M. Verlust und wahrscheinlich noch darüber hinaus. Auf diese Weise schädigt das Koalksjudikat nicht nur die Konsumenten im Inlande, sondern auch die Hochofenbesitzer, indem es ihnen die fremde Konkurrenz auf den Hals schieft.

Um des letzteren Umstandes willen natürlich hat der Direktor des Bissener Bergwerks diese Praktik vor der Aktionärversammlung enthalt.

So bekannt diese Dinge auch sind, so ist es dennoch interessant, von Zeit zu Zeit authentische Ziffern von berufener Seite zu erfahren, damit man jederzeit in der Lage ist, den Hochmuth Dunkelmannern die patriotische Mähel vom Gesicht reißen zu können.

Wir aber begrüßen die sittsamen, tugendhaften Tücker in dem kosmopolitischen Millionentanz kollegialisch als wackere Mitstreiter in dem Kampf um die Expropriation der Expropriatoren und empfehlen ihnen als Wahlspruch



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

# Große öffentliche Versammlung der Schmiede Berlins und Umgeg.

am Donnerstag, 17. Nov., Ab. 8 Uhr, im Lokal Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Th. H. Hamburg**. 2. Bericht der Kommission über ihre Verhandlungen mit dem Zuningsvorstand. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist notwendig.  
Der Einberufer.

# Große öffentliche Versammlung aller Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend

am Donnerstag, 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Otto Mittag** (Giebichenstein). 2. Diskussion.  
3. Verlesung des Statuts und Aufnahme von Mitgliedern. 4. Wahl des neuen Vorstandes und einer Liquidationskommission. 5. Verschiedenes.  
Für Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.  
Alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, gleichviel in welcher Branche dieselben arbeiten, werden gebeten, in der Versammlung zu erscheinen. Die Kollegen, welche dem alten Verein der gewerblichen Hilfsarbeiter angehörten, haben die Mitgliedskarten mitzubringen, damit diese in Bücher umgewechselt werden. — Um zahlreiches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ersucht **Der Einberufer**. J. A. des provisorischen Vorstandes.

# Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthes Berlins und Umgegend.

**Versammlung**  
am Freitag, 18. November, Nachm. 5 Uhr, in Schneider's Gesellschaftshaus, Proskauerstr. 37/38.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt **Dr. Schöps** und Diskussion. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand**.  
Die neuen Mitgliederlisten werden in dieser Versammlung ausgegeben.

# Arbeiter-Bildungsschule (Süd- und Ostbezirk).

**Große Versammlung**  
am Donnerstag, 17. Nov., Ab. 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18a.  
Vortrag des Schriftstellers **Herrn Karl Weigt**, über: „Weltanfang und Weltende“.  
Mitglieder haben unentgeltlich Zutritt. Gäste zahlen 10 Pf.  
Der Vorstand.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Benthustr. 2.

Sieben erschien:

## Heft 30

der  
Reden und Schriften **Ferd. Lassalle's**  
(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)  
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungspediteure und Kolporteurs entgegen.

**Circus Renz.**  
(Karlstraße.)  
Mittwoch, den 16. November 1892,  
Abends 7 1/2 Uhr:

**Gr. außerordentl. Vorstellung.**  
Auftreten sämtlicher Künstler-Spezialitäten I. Ranges. Außerdem: 6 Springpferde vorgef. vom Dir. **Fr. Renz**. Mr. Pills, der hervorragendste Schauspieler der Gegenwart mit dem Vollblutpferde „Germinal“. Mme. la Baronne de Bellefol mit dem Schulpferde „Fou“. Die berühmte Kraberttruppe **Hadjo Abdullah**. Zum Schluss: **Auf Helgoland**, mit neuen Tanzszenen, u. a. 1. Garde-Regiment in Parade-Uniform, Leibgarde der Kaiserin. Ballet von 82 Damen.  
Morgen und folgende Tage Abends 7 1/2 Uhr: Vorstellung mit neuem Programm und „Auf Helgoland“. Billet-Korverkauf durch den „Invalidentant“, Markgrafenstr. 61a.  
**Fr. Renz, Direktor.**

**Circus Corty-Althoff.**  
Berlin, Friedrich-Karl-Str., Ecke Karlstraße.  
Mittwoch, den 16. November:  
Abends 7 1/2 Uhr:

**Außerordentl. Vorstellung.**  
U. A.: 1. Auftr. d. phänom. Stelzenkünstlers **Mr. Harry Hippol**. Potpourri in 14 Hengsten, vorgef. v. Dir. **Althoff**. **Stephan u. Randroux**, Turnerkönige. **Mr. Hubert**, Saltomortaleiter. **Pas de deux** v. P. v. d. Geschw. **Rossi**. **Mlle. Vidal**, Schutrit. **Mr. Hubert Cooke**, Jockey. **The Haulons**, Luftgymnasten. 55 Hengste, vorgef. v. Dir. **Althoff**. **Blumen-Quadrille**.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

**Kaufmann's Variété**  
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Das großartigste Spezialitäten-Programm der Residenz.

**Pamllie Lars-Larsen**, Elite-Parforce-Gymnastik-Truppe.  
**Brooks & Duncan**, Original-Kongo-Neger.  
**Charles Liffitt**, Artist auf dem Drahtseil.  
**Brothers Barrett**, The two Fanneg Gentlemen.  
**The Original-Satours**, Anatomisches Wunder.  
Jeden Abend stürmischer Erfolg.

**Vereinszimmer** mit neuem Pianino ist zu vergeben. **J. Geier**, Pallastadenstr. 66/67, Ecke Koppenstraße. 388

**Feen-Palast**  
Burgstraße, neben der Börse.  
Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.  
Täglich

**Gr. Spezialitäten-Vorstellung**  
mit abwechselndem Programm.  
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.  
Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm. Grosses Familien- und Kinderfest mit Gratis-Verlosungen und Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang Mittwochs 4 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr.  
Entree für Kinder wie Erwachsene 1. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.

**Konzertpark Victoria**  
Frankfurter Allee 72.  
(Inhaber **Erh. Rosche**)  
**Neu! Große Säle! Neu!**  
Vereinszimmer.  
Zu Versammlungen und Festlichkeiten auch Sonntags. [3176L]  
Vereinszimmer, Wollinerstr. 27a

Verlag des „Vorwärts“  
Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Benthustr. No. 2.

Denjenigen Genossen, welche sich über die Geschichte unserer Partei orientiren wollen, empfehlen wir für den bevorstehenden Parteitag die älteren Kongressprotokolle:

**Protokoll** des Kongresses der Deutschen Sozialdemokratie, Abgehalten auf **Schloß Wyden** in der Schweiz vom 20.—23. August 1890. 61 S. Preis 20 Pf.

**Protokoll** über den Kongress der Deutschen Sozialdemokratie in **Ropenhagen**. Abgehalten vom 29. März bis 2. April 1893. 88 Seiten. Preis 20 Pf.

**Verhandlungen** des Parteitags der Deutschen Sozialdemokratie in **St. Gallen**. Abgehalten vom 2.—6. Oktober 1887. 50 Seiten. Preis 20 Pf.

**Protokoll** über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in **Galle a. S.** vom 12.—18. Oktober 1890. 318 Seiten. Preis 50 Pf.

**Protokoll** über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu **Erfurt** vom 14.—20. Oktober 1891. 388 Seiten. Preis 50 Pf.

**Protokoll** des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu **Paris**. Abgehalten vom 14.—20. Juli 1889. Deutsche Uebersetzung. Mit einem Vorwort von **Wilhelm Liebknecht**. 133 Seiten. Preis 25 Pf.

**Protokoll** der Verhandlungen des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu **Halberstadt** vom 14.—18. März 1892. 96 Seiten. Preis 20 Pf.

**Verhandlungen** des Parteitags der Oesterreichischen Sozialdemokratie in **Hainfeld** vom 30. Dezember 1888 bis 1. Januar 1889. 112 Seiten. Preis 20 Pf.

**Verhandlungen** des zweiten Oesterreichischen sozialdemokratischen Parteitags. Abgehalten zu **Wien** vom 28.—30. Juni 1891. 184 Seiten. Preis 30 Pf.

**Verhandlungen** des dritten Oesterreichischen sozialdemokratischen Parteitags. Abgehalten zu **Wien** vom 5.—9. Juni 1892. 176 Seiten. Preis 30 Pf.

**Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**  
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen.  
Bei Aufträgen von auswärts bitten wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Tischler u. Pianoforte-Arbeiter.**  
General-Versammlung  
der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber  
am **Donnerstag, den 24. Nov.**,  
Abends 8 Uhr,  
Alte Jakobstraße 75 (oberer Saal).  
Tagesordnung:  
1. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern seitens der Vertreter der Kassenmitglieder.  
2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern seitens der Vertreter der Arbeitgeber.  
3. Besprechung über die Wahl des Rentanten und eines Kassiers, ev. Wahl derselben.  
4. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.  
**Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Seidenwirker u. Weber**  
zu Bernau.  
Sonntag, d. 26. November,  
Abends 8 Uhr,  
im Saale des „Elysium“:  
General-Versammlung.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl von Vertretern, 10 Arbeitgeber, 45 Kassenmitglieder. 2. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern. 3. Wahl der Rechnungs-Prüfungskommission. 4. Definitive Genehmigung des mit dem Kassennarrat abgeschlossenen Vertrags. 5. Verlesung des neuen Statuten-Entwurfs.  
Um zahlreiches Erscheinen der Arbeitgeber und Kassenmitglieder ersucht  
**Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse der Korbmacher.**  
Montag, den 28. November, Abends 8 Uhr, findet die  
Generalversammlung  
im **Waldbergerstr. 21** statt.  
Tagesordnung:  
1. Erziehung. 2. Wahl für auscheidende Vorstandsmitglieder. 3. Wahl der Prüfungskommission. 4. Vorlage der neuen Statuten. 5. Antrag wegen Bewilligung einer Vergütung für das Schreiben der Statuten. 6. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt.  
**Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse der Buchbinder.**  
Montag, den 28. November, Abends 8 Uhr, findet die  
Generalversammlung  
im **Waldbergerstr. 21** statt.  
Tagesordnung:  
1. Erziehung. 2. Wahl für auscheidende Vorstandsmitglieder. 3. Wahl der Prüfungskommission. 4. Vorlage der neuen Statuten. 5. Antrag wegen Bewilligung einer Vergütung für das Schreiben der Statuten. 6. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt.  
**Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse der Klempner.**  
Montag, den 28. November, Abends 8 Uhr, findet die  
Generalversammlung  
im **Waldbergerstr. 21** statt.  
Tagesordnung:  
1. Erziehung. 2. Wahl für auscheidende Vorstandsmitglieder. 3. Wahl der Prüfungskommission. 4. Vorlage der neuen Statuten. 5. Antrag wegen Bewilligung einer Vergütung für das Schreiben der Statuten. 6. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt.  
**Der Vorstand.**

**Verband d. Bauarbeiter u. Berufsgenossen Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
**Mitglieder-Versammlung**  
Mittwoch, den 16. November,  
Abends 8 1/2 Uhr,  
bei **Jäger, Grüner Weg 20**.  
Tagesordnung:  
Delegirtenwahl, Statutenänderung-404/3  
**Der Vorstand.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u.**  
(G. S. Nr. 3).  
Oertl. Verwaltung **Berita D. Moabit**.  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, 20. Nov., Vorm. 10 1/2 Uhr, im **Victoria Saal**, Verlegerstr. 13.  
Tagesordnung:  
1. Wahl eines stellvertretenden Bevollmächtigten und Kassiers, sowie eines Beitragsamteilers. 2. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimirt.  
308/1  
**Der Ausschuss.**

**Zigarren**  
nur aus amerikanischen Tabaken bester Qualität, zu haben in der  
Verkaufsstelle d. **Hamburger Tabakarbeiter-Genossenschaft**.  
**Moabit, Stromstr. 5.**  
**G. Reincke.**

**Arbeitsmarkt.**  
Goldleisten.  
Tüchtige Belegerinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung  
Rönickerstr. 109a.  
759  
Ein tüchtiger Vergoldergehilfe, welcher auf bessere Arbeit in Farbmalerei ausbehalten ist, findet dauernde Beschäftigung.  
779  
**Albert Epieske, Dresdenstr. 88.**

**Redakteur.**  
Für ein täglich erscheinendes Parteiblatt wird ein tüchtiger redegewandter Genosse gesucht. Df. unter Angabe der Gehaltsansprüche werden bis spätestens Sonnabend unter Chiffre **B. 1892** postlagernd, Postamt Schlesischer Bahnhof erbeten. 32878

**American-Theater.**  
Neu! Die **Trodenwöhner**, oder „Das Kind in der Kommode“, parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hof aus, von **Oskar Wagner**. Hauptrolle: **Der urkomische Gendie**.  
Jeden Abend jubelnder Beifall.  
**Der feine Reisser.**  
Berliner Lokalposse von **O. Wagner**.  
Neu! Die **Wiener Original-Soubrette**  
**Clotilde Kowala**.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.  
Sonntags 6 Uhr.

**Passage-Panopticum.**  
Fuß!!  
ein  
**Riesen-Kind!!!**  
Ohne Extra-Entrée.  
von 11—1 und 4—9 Uhr.

**Castan's Panoptikum.**  
Sensationell!  
**Prinzeß Topase.**  
Vorstellungen 11—1 und 4—9 1/2 Uhr stündlich.  
**Ohne Extra-Entrée.**  
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

**Gratweil's Bierhallen**  
Kommandantenstraße 77—79,  
Täglich:  
**Borussia-Konzert- und Komplet-Sänger.**  
Wochentags frei.  
Sonntags 30 Pfennig.  
Kinder 10 Pf.  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**  
Zwei Säle  
zu Versammlungen und Vergügungen, sowie 6 Billards und 8 Regelbahnen.  
**F. Sodtke.**

## Parteitag

### der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Erster Sitzungstag.

Berlin, 15. November.

Singer eröffnet kurz nach 9 1/2 Uhr die Verhandlungen. Er begrüßt zunächst die Vertreter der auswärtigen Bruderparteien, heißt sie herzlich willkommen und dankt ihnen für ihr Erscheinen. Einige Punkte der Tagesordnung liefern den Beweis der internationalen Solidarität, deren sich die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor bewußt ist. So die Märsche und der internationale Arbeiterkongress in Zürich. Erschienen sind aus dem Auslande bisher: Dr. Adler und Popp-Wien, Danielson-Schweden, und van Kol-Holland. Begrüßungen sind eingetroffen von der holländischen Partei, der Gasarbeiter-Union in London, der spanischen Partei, der Labour-League in London, dem internationalen revolutionären Studentenverein zu Paris, den rumänischen Studenten ebendortselbst, den Gewerkschaften und Redakteuren russischer sozialistischer Schriften in der Schweiz, dem Verein deutscher Sozialisten in Zürich, den revolutionären Genossen des Wiener Bezirks.

Außerdem aus dem Inland: Aus Bremerhaven, Tilsit, Wylau, Meh. Koll, Gröneberg, Arnstadt, Erfurt, Geseid, Amten, Renschheid, Leipzig, und vom sozialdemokratischen Verein zu Altona.

Das Wort erhält zunächst Dr. Adler-Wien: Werthe Parteigenossen! Ich bin beauftragt, im Namen der österreichischen Sozialdemokratie Euch hier zu begrüßen.

Sie wissen alle, wie auch die Sozialdemokratie Österreichs nun je mit Eurer Partei verknüpft war. Dies Bündnis ist viel tiefer und inniger, als das, was Eure Diplomaten abgeschlossen haben. Es liegen nicht Ströme Bluts dazwischen. Wenn ich auch nicht weiß, wie unsere Armeen gerüstet ist, so kann ich Ihnen doch sagen, daß unsere Partei gerüstet dasteht. Die Arbeiter Österreichs sind nicht zu verwechseln mit dem Speicher- und Phänanthum, sie liegen unter ungemäßigten Verhältnissen und müssen zuweilen ungemäßigth sein. Die jetzige Krise bewirkt, daß die Erregung in den Massen eine so große ist, daß man sich oben davon gar keine Vorstellung macht. Unsere Partei wird sie sich dienstbar zu machen wissen.

Unsere internationalen Beziehungen werden ja alle Jahre erneuert am 1. Mai. Für uns in Österreich hat der 1. Mai eine besondere Bedeutung, da wir so ziemlich aller politischen Rechte bar sind. Wir sind hier, um von Euch zu lernen, Ihr werdet uns immer auf Eurer Seite finden. (Bravo!) Wissen wir doch, daß was bei Euch vorgeht, auch von unserer Regierung angewandt wird. Wir haben ja auch unseren Streit mit den Jungen gehabt, aber der Ausgang war der gleiche wie bei Euch, es giebt keine Spaltung mehr, wir stehen vollständig einig da wie Ihr (Bravo!) und wünschen Euren Verhandlungen besten Erfolg. Ich schließe, indem ich Sie bitte, mit mir in ein dreitägiges Hoch einzustimmen: die deutsche, die internationale revolutionäre Sozialdemokratie sie lebe hoch, hoch und abermals hoch. (Der Parteitag stimmt begeistert ein.)

Das Wort erhält hierauf van Kol, der seine Rede verliest: Mit gemischten Gefühlen stehe ich vor Ihnen. Der Auftrag, den ich zu erfüllen habe, ist vielleicht der unangenehmste meines Lebens. Gewohnt, ohne Rückhalt meine Hand herzlich in die Hand des Freundes zu legen, oder meinen Feinde die Faust zu zeigen, darf ich hier kein von beiden thun. Der Zentralrat Polands hat mir strenge Neutralität befohlen und jedes öffentliche Urtheil untersagt. Ich werde pünktlich gehorchen. Die holländische Partei will daher in diesem Augenblick durch mich durchaus keine Meinung aussprechen lassen, weder über die Unähnlichkeit, welche in Euren Reihen entstanden ist, noch über die scharfen Auseinandersetzungen hervorragenden Männern von der deutschen und holländischen Partei. Diese Parteien, welche doch nur verschiedene Regimenter bilden in der Weltarmee des Proletariats, sollen alles umgeben, was Veranlassung geben könnte, persönliche Streitigkeiten auf das gemeinschaftliche Schlachtfeld zu übertragen. Wir hoffen, daß bald die Zeit kommen wird, da alle persönlichen Feinden aufhören werden, denn die große und gewaltige Zeit, in der wir leben, beißt das Opfer all unserer Zeit, die Dinge alle unserer Kräfte im Kampfe gegen den gemeinschaftlichen Feind. Unsere Parteien sollen sich über persönliche Streitigkeiten erheben und sich einigen, wenn auch über den Häuptern der Führer hin. Denn höher als alle persönlichen Fragen steht das Interesse der Partei, steht unsere heilige Sache. Wenn möchten die holländischen Genossen ein waches Urtheil über den Geist vernehmen, in dem Ihr Eure Verhandlungen führt. Eure Beschlüsse werden ja einen Wiederhall finden durch die ganze Welt. Ich werde mit Aufmerksamkeit und Interesse folgen. Seit Jahren habe ich die deutsche Literatur (den Rotzschismus des Sozialismus) und alle Eure Protokolle eifrig studirt. Auch die „unabhängige“ Literatur verfolgte ich genau. Von jeder Seite werde ich Kaufstoffe sammeln, überall werde ich trachten, das Wesen vom Schein zu unterscheiden. Klipp und klar werde ich meine Meinung sagen ebenso wohl im Zentralrat von Holland, wie bei meinen slawischen Freunden von Gent. Wie immer das Resultat sein möge, ich werde es ansprechen, was ich als richtig erkenne. Personen habe ich nie gefährdet, Populartät begehre ich nicht, nach Wahrheit ist mein Streben. Nicht kleine Fehler, wohl aber das ganze Kulturreich der Partei soll man theilhaben. Wenn man dem Endziel der Befreiung der Arbeitmittel durch die Gesellschaft immer zustrebt, so der Herabsetzung des Kapitalismus und der sich auf ihn stützenden Klassen arbeitet, dann ist man Revolutionär. Ob dabei Gewalt gebraucht wird oder nicht, thut nichts zur Sache. Das Ziel macht revolutionär, nicht die Mittel.

Eine Diefenarmer breitet ihre Reihen aus über die ganze Welt, nur noch der Unterschied der Sprachen besteht zwischen den einzelnen Truppenkörpern. Alle sind wir, wo immer unsere Schwertschäfte liegen möge. — Soldaten des kämpfenden Proletariats. Die kleinen Länder können freilich nur kleine Regimenter stellen.

Darum, Kampfgenoßen, einträchtig vorwärts in den gewaltigen Krieg zweier Welten. Möchte jeder Kongress ein Schritt vorwärts sein auf unserem Wege, welcher führt zur Befreiung der arbeitenden Massen. Dann wird leben und wachsen die internationale Sozialdemokratie. Sie lebe, sie lebe! (Stürmischer Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Gehter Punkt derselben ist der Bericht des Parteivorstandes. Er wird erstattet von Richard Fischer.

Der Bericht des Vorstandes liegt gedruckt vor, nur einige Erläuterungen sind notwendig. Der Vorstand hat drei bis vier Sitzungen in der Woche, wenn es nöthig war, abgehalten. Sitzungen mit den Kontrollleuten fanden zwei im Laufe des Jahres statt. In Verbindung mit dem Parteisekretariat wird das Parteiprogramm den Genossen demnächst zugänglich gemacht werden. Dafür sind Vorkehrungen getroffen. Was die Agitation betrifft, so ist zu überlegen, welche Kräfte uns zur Verfügung stehen. Gehtan es alles, was gethan werden konnte. Die Zahl derjenigen Genossen, die zur Agitation überhaupt zur Verfügung stehen, ist sehr beschränkt.

Ein Vortheil in unseren Reihen ist es, daß, wenn Agitatoren gewünscht werden, immer nur eine kleine Zahl bestimmter Personen verlangt wird. Von den Viel- und Zahlkandidaturen haben wir uns glücklich befreit, und seit wir uns von ihnen befreit haben, ist die Zahl der Stimmen in den einzelnen kleinen Orten bedeutend für uns gestiegen. Berlin selber ist so arm an Agitatoren, daß es nöthig wäre, Kräfte aus der Provinz heranzuziehen. Immer sind es bestimmte Personen, die verlangt werden: Rebel, Singer, Kuer, Liebknecht zc. Entweder wir theilnehmen und am Parlamentarismus oder wir geben es ganz auf. Wenn wir in den Reichstag wählen, müssen unsere Genossen dort ihre volle Schuldigkeit thun. Die Agitation muß aus den Orten heraus organisiert werden. Der Vorstand kann nur die Geldmittel zur Verfügung stellen, er kann nicht die Vorlegung für die ganze Partei spielen. 36 Genossen sitzen im Reichstag. Sind sie denn alle zugleich die geeigneten Agitatoren? Man kann ein sehr guter Genosse, ein tüchtiger Reichstagsabgeordneter und doch nicht recht für die Agitation geeignet sein. Alle die Abgeordneten, die monatlang im Reichstagsgebäude sind, werden von ihren Geschäften ferngehalten. Was sind denn unsere Leute, die im Reichstagsgebäude? Es sind kleine Geschäftsleute, Redakteure, Verwaltungsbeamte der Partei. Sollen sie, nachdem sie monatlang im Reichstagsgebäude waren, wieder monatlang auf Agitation gehen? Was würde aus ihrem Beruf werden?

Wieder taucht die Redensart vom Personalkauf auf. Aber werden ihm nicht gerade die Bege dadurch gebremst, daß immer dieselben Genossen als Redner verlangt werden? — An Gesuchen um Unterstützung hat es nicht gefehlt. Wenn wir allen Anforderungen hätten genügen wollen, so hätten wir in diesem Jahre rund eine halbe Million hergeben müssen. Redner bespricht die Lokalfrage. Wo Lokale fehlen, entsteht der Wunsch, eigene Gebäude für die Parteiversammlungen zu erwerben. Der Wunsch ist aus Ostpreußen, vom Niederrhein, aus Schlesien an uns gerichtet worden. Wir glauben aber, ihn abzulehnen zu müssen, da die Partiemittel nicht in Oppositionen ausgelegt sind, sondern zu jeder Stunde zur Verfügung stehen müssen. Kein äußerliche Mittel sind überhaupt nicht geeignet, die Bewegung zu fördern. Nur die Agitation ist hierzu dienlich. Wieder sind Klagen über mangelnde Agitation laut geworden. Kein Parteitag geht ja vorüber, wo nicht Anträge auf Herabsetzung einer Programmbroschüre laut werden, um unsere Forderungen den breiten Massen verständlich zu machen. Im vorigen Jahre wurde in Eriurt derselbe Wunsch laut und daraufhin nahm der Parteivorstand Veranlassung, Kantatzky und Schindler mit der Arbeit zu betrauen. Die Arbeit liegt vor, und außerdem hat Kantatzky eine ausgezeichnete längere Erläuterung des theoretischen Theiles des Programms in besonderem Werke geliefert. Dennoch liegt diesem Kongress wieder ein Antrag aus Frankfurt vor, eine populäre Programmbroschüre mit geschichtlichen Erläuterungen versehen, herauszugeben. Warum schreiben aber die Genossen Hoch oder Schmidt in Frankfurt nicht selbst die Broschüre, wenn die Kantatzky- und Schindler'sche nicht ihren Wünschen entspricht? Mit einer sogenannten populären Broschüre hat es überhaupt keine Schwierigkeiten. Eine neue Weltanschauung, wie die unsere, hat eine gewisse politische und wirtschaftliche Einsicht zur Voraussetzung. Der Sozialismus kann den Massen solange nicht mit Erfolg gepredigt werden, als diese selbst von der wirtschaftlichen Entwicklung noch nicht ergriffen sind. Was dem Industriearbeiter z. B. ganz fasslich erscheint, ist dem Landarbeiter eine neue Welt. Sozialdemokraten kann man eben nicht machen, sie müssen werden!

Klagen sind auch über die Landagitation laut geworden. Es gehehe zu wenig, heißt es. Aber um die Landagitation mit Erfolg betreiben zu können, müssen erst die notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen vorhanden sein. Wie wir die Industriearbeiter zunächst bei ihrem gewerkschaftlichen Interessen packen mußten, so handelt es sich auch beim Landarbeiter darum, den richtigen Ton zu treffen. Zudem muß die Landagitation in den verschiedenen Provinzen verschieden betrieben werden; in Ostpreußen anders als in Rheinland und Westfalen. Auch bei der Landagitation wird sich derselbe Entwicklungsengang vollziehen, wie bei der Agitation unter den Industriearbeitern. Solange der Sozialismus nur von den Theoretikern, den Gelehrten gepredigt wurde, war er keine Volksbewegung. Erst als aus der Masse heraus die notwendigen Agitationskräfte herauswuchsen, wurde es anders. So wird es auch mit der Landagitation gehen. Erst wenn aus dem Landproletariat selbst die Agitationskräfte herausgewachsen sind, wird unsere Agitation auch auf dem Lande Erfolg haben, während jetzt noch ihre Aussichten gering sind.

Redner geht nun zum Kapitel „die Parteipresse“ über. 60 000 M. hätten zugesprochen werden müssen. Das sei deshalb nicht so schlimm, weil im Grunde diese Geldausgabe nur eine andere Form des Agitationsbeitrages sei. Die Redakteure seien in der Regel ja auch Agitatoren. Zudem können die Parteigenossen der einzelnen Kreise den literarischen Rückhalt nicht entbehren. Gern hat der Parteivorstand diese Unterstützungen für die Presse ja gerade nicht gewährt, aber er konnte nicht anders handeln. Man tritt an den Vorstand immer erst dann heran, wenn die lokalen und provinziellen Kräfte vollkommen für das Blatt aufgebracht sind. Können wir es da verantworten, daß durch unsere Weigerung zu helfen, tausende verloren gehen, daß das Unternehmen zerstört wird, auf dem die Agitation einer ganzen Provinz ruht? Immerfort wird vor leichtfertigen Blattgründungen gewarnt, das Bedürfnis nach der Presse ist aber zu stark, als daß diese Warnungen bisher genügt hätten. Und auch das ist zu bedenken, daß es den Sinn für eine Reihe tüchtiger Genossen bedeutet, daß die Agitation außerordentlich gelähmt wird, wenn ein Blatt eintritt. Häufig wird die Unergeblichkeit eines Blattes dadurch verschuldet, daß es von vornherein an ausreichenden Betriebskapitalien fehlt. Eine Unterstützung aus Parteimitteln ist dann so gut wie eine industrielle Anlage. Das beste Beispiel liefert hierfür die „Gefährliche Volkszeitung“. So lange es dem Blatte an dem nöthigen Betriebskapital fehlte, erforderte es Monat für Monat Zuschüsse. Jetzt aber vermag es bereits aus eigenen Mitteln zu existiren, seitdem die tägliche Roth und Sorge beseitigt ist.

Bedenklich ist die vorerliche Umwandlung eines einmal oder dreimal wöchentlich erscheinenden Blattes in ein tägliches. Das ist eine Klippe, an der viele Unternehmungen ihre Kontabilität einbüßen, besonders bei der gegenwärtig herrschenden Stabilität. Den Wochenblättern ist anzurathen, lieber ihren Inhalt zu erweitern, den Kreis ihrer Mitarbeiter auszuweihen, statt sich in Tagesblätter zu verwandeln. Eine Zeitung wird häufig auf überschüssige Hoffnungen hin gegründet, und bei der Freisetzung des Abonnementspreises eine Abonnentenzahl in Anspruch gebracht, von der hernach nicht der dritte Theil erreicht wird. Die Folge ist dann eine ständige Unterbilanz. Redner verweist noch auf die Verlesungen durch Staatsanwalt und Gerichte, denen die Parteipresse ausgesetzt sei, und die hohe Anforderungen an die Opferwilligkeit der Genossen stellen. Auch mit der Schwierigkeit der Verbreitung hätte unsere Provinzpresse zu kämpfen.

Im Uebrigen verweist Redner auf den gedruckt vorliegenden ausführlichen Bericht des Parteivorstandes und versichert namens des Vorstandes, daß, wenn hier und da auch Irrthümer

vorgekommen sein sollten, stets der beste Wille vorhanden war, das Wohl der Partei zu fördern.

Kaden-Dresden erstattet im Namen der Kontrollleute Bericht. Nach einigen allgemeinen Bemerkungen theilt er mit, daß vielfach beim Parteivorstande eingereichte Beschwerden durch Zuträgen ihre Erledigung fanden. Eine Beschwerde aus Köln war vom Parteivorstande abgewiesen worden, wohl mit Unrecht, wie die Kontrollleute meinten. Ferner wurde nach den statutarischen Bestimmungen 14 Tage vor Eröffnung des Parteitages alles geprüft, die Kontrollkommission begab sich nach dem Hause des Kassiers, Wäcker, Gelder, alles wurde in bester Ordnung befunden. Auffallend allerdings waren die hohen Ausgaben für Presse, indes sei dies schon durch Fischer in seinem Bericht erledigt. Er bittet Decharge zu erteilen.

Darauf ergriff das Wort Rebel, um den Kasfenbericht des „Vorwärts“ ausführlich zu erläutern. Zahlreiche Gerüchte seien ganz gewöhnliche Verdächtigungen, in dieser Hinsicht schicke besonders der „Sozialist“ den Vogel ab. Daß der „Vorwärts“ keine größeren Ueberschüsse abwerfe, resp. daß die Kosten der Geschäftsführung so hoch erscheinen, komme hauptsächlich daher, daß man sich gefügt habe, alle am „Vorwärts“ Angehörten seien so zu bezahlen, wie es sich gebäre. Der Buchdrucker tarif sei seit Gründung des Blattes und auch schon früher streng eingehalten worden, und als im Vorjahre die Buchdruckerbewegung einen besseren Tarif zu erreichen strebte, habe man keinen Augenblick gezögert, den berechtigten Forderungen der Drucker nachzukommen. Daraus allein resultire eine Mehrausgabe von 9000 M. Was den Verleger Bading anlangt, so könne er nur sagen, daß Bading durchaus mächtig bezahlt werde. Bading erhalte pro Bogen (Satz) 80 M., das sei normal. Der Vorstand hat stets darauf gesehen, das Partei-Interesse nach Kräften zu wahren, andererseits dürfe die Partei sich nicht den Vorwurf der Philizelei machen lassen. Per 1000 Bogen werde an Bading gezahlt 3 Mark, für das Einfalten besonderer Beilagen 1 M. pro Tausend, das Kilo Papier koste 25/2 Pf., das seien doch alles mögliche Sätze.

Wer ist nun Eigentümer des „Vorwärts“? diese Frage wird von gewisser Seite in böswilliger Absicht aufgeworfen. Niemand anders als die Partei. Alle anderen Behauptungen sind Lügen und Verleumdungen.

Allerdings habe Singer früher dem Blatte nahe gestanden, eodr in ganz anderer Weise, als man vielleicht glaube. Er war bei der Gründung des Blattes beifällig und hat in früheren Jahren 16 000 M. und mehr zur Deckung des Defizits bezahlt, von denen er keinen Pfennig zurück erhalten habe und auch niemals zurück verlangte.

Gegenwärtig seien im „Vorwärts“ 5 Redakteure. Ihr Gehalt bewege sich zwischen 7200—2400 M. jährlich. Außerdem erhalte noch ein gelegentlicher Mitarbeiter 25 M. pro Woche. Man habe vielfach Anschuldigungen an Liebknechts Gehalt gemacht. Wenn man aber vergleiche, wie große bürgerliche Blätter ihre Chefredakteure bezahlen, dann werde man zu der Einsicht kommen, daß Liebknechts Gehalt ein sehr bescheidenes sei. Man möge doch auch nicht außer Acht lassen, daß Liebknecht seit mehr als 40 Jahren der Partei diene, daß er eine zahlreiche Familie habe und darauf sehen müsse, seine Kinder in geistlicher Stellung zu bringen. Ein konservatives Blatt zahle seinem Chefredakteur 24 000 M., liberale Blätter 18 000—15 000 M., jedenfalls werden nirgends unter 10 000 M. gezahlt. Der einfache Arbeiter könne sich keinen Begriff machen, daß 7200 Mark durchaus nicht zu viel seien. Und dann solle man doch nicht vergessen, was die Repräsentation allein koste. Halte man sich alles dies gegenwärtig, so könne für niemand ein Zweifel sein, daß der gestellte Antrag, ein Redakteurgehalt-Maximum von 2500 Mark festzusetzen, unannehmbar sei.

Der zweite Redakteur erhalte 5000 Mark. Auch das sei wenig, wenn man bedenke, daß besagter Genosse früher an einem B o c h e n b l a t t dasselbe Gehalt gehabt habe, trotz viel geringerer Arbeit.

Die Zahl der ständigen auswärtigen Mitarbeiter betrage sechs, sie hätten ein Monatslohn von 25—150 Mark. Weiter seien am „Vorwärts“ zwei Korrektoren beschäftigt, ihr Gehalt betrage 150—160 Mark. Die Arbeit dränge sich in kolossaler Weise auf ein paar Stunden Nachts zusammen, ein Mann könne die Arbeit unmöglich bewältigen. In der Expedition sind zwei Beamte mit einem Gehalte von 150 M. monatlich. Die Buchhandlungsgestellten ständen sich auf 120—200 M.

Einen in höchsten Grade erfreulichen Aufschwung habe die Buchhandlung des „Vorwärts“ genommen. Ihr Umsatz habe sich nahezu verdoppelt und betrage über 120 000 M. Zwar sei diese Summe niedrig, wenn man sie in Vergleich stelle zu den Umsätzen anderer Buchhandlungen. Allein — hier handle es sich doch vor allem um kleine Broschüren, die nur selten den Preis von 50 Pf. übersteigen, und behalte man dies im Auge, so stehe man staunend der Thatfache eines derartig gesteigerten Umsatzes gegenüber. In anderen Buchhandlungen gehören Broschüren zu 50 Pf. und weniger zu den Ausnahmen.

Noch einen anderen Punkt möchte ich hervorheben. Man hat es als wünschenswerth bezeichnet, daß alle Druckaufträge nach Möglichkeit den Parteidruckereien überwiesen werden. Das ist selbstredend, daß der Parteivorstand diesem Grundsatze nach Möglichkeit Rechnung trägt. Allein es sei durchaus nicht immer angängig, diese Arbeiten nach Hamburg zu verlegen, da das dortige Geschäft einen derartigen Umfang erreicht habe, daß man einer weiteren Ausdehnung nicht das Wort reden dürfe. Die Hamburger Druckerei sei durch Ankauf zweier neuer Häuser erweitert worden, mehrfache Umbauten haben stattgefunden, Maschinen wurden neu eingeführt, desgleichen elektrisches Licht. Das habe einen Kostenaufwand von mehr als 400 000 M. verursacht. Aus diesem Grunde habe das Geschäft auch in den früheren Jahren keine Ueberschüsse geliefert, diesmal zum ersten Mal habe man einen erfreulichen Gewinn gemacht. Auch über die „Neue Welt“ seien vielfach falsche Ansichten im Umlauf. So sei von einer Seite gesagt worden, die Redaktion der „Neuen Welt“ stände in der Abrechnung des „Vorwärts“ mit 10 000 M. verzeichnet. Daraus sei kein Wort wahr. Was im Bericht des Parteivorstandes über den „Vorwärts“ für die „Neue Welt“ figurirt, das ist der Preis, der für die „Neue Welt“ an Hamburg gezahlt wird. Das Blatt muß jetzt hier gedruckt werden, eben aus dem vorher angeführten Grunde, weil eine abermalige Erweiterung des Hamburger Geschäfts sich aus verschiedenen Gründen verbietet. Ich bin durchaus nicht der Ansicht, daß die Partei sich weiter noch mit Ueberschüssen belasten könne. Eine Katastrophe kann plötzlich hereinbrechen und unsere Gegner nehmen uns einfach das Partei-Eigentum weg. Trotz der ungemein günstigen Chancen, die sich im gegenwärtigen Moment der Partei bieten, ist doch Vorsicht dringend nöthig. Wir sind noch nicht über den Berg hinweg, wie wohl mancher annimmt, nein, wir kommen erst an den Berg heran.

Noch einen Augenblick möchte ich bei dem Einwande verweilen, daß durch Uebertragung großer Aufträge einzelne Leute reich gemacht werden würden. Zugegeben, daß dies bis zu einem gewissen Grade richtig sei. Unbedingt zutreffend ist es nicht. Mögen auch ein paar tausend Mark — durch Eigenbetrieb beim „Vorwärts“ gespart werden. Die Gefahren, die uns aus dem anderen Verfahren erwachsen würden, sind größer. (Sehr richtig!)

In Berliner Volksversammlungen ist häufig angeregt worden, den Preis des „Vorwärts“ von 3,80 M. auf 3 M. pro Quartal herabzusetzen. Das würde ein großer Fehler sein, derselbe Fehler, an dem zum Teil die Provinzpresse nur zu sehr krankt. Wir können es uns nicht zum Prinzip machen, mit den billigsten gegenwärtigen Blättern unter allen Umständen zu konkurrieren. Das würde, wie gesagt, ein großer Fehler sein. Gegenwärtige Blätter existieren vornehmlich durch Annoncen, und je mehr Annoncen sie bringen, um so billiger können sie ihren Preis machen. Der „Vorwärts“ hat einen Uberschuss von 85 000 M. erzielt, und hat 65 000 M. an Annoncen eingenommen. Sie sehen hieraus, eine wie wichtige Einnahmequelle die Annoncen sind. Freilich herrscht in der Partei vielfach ein großer Rigorismus gegenüber dem Annoncenwesen. So sollen die Parteiblätter keine Lotterio-Annoncen aufnehmen, das hat uns einen Ausfall von 8—10 000 M. jährlich beim „Vorwärts“ allein gemacht. Freilich, die Lotterielisten machten nur wenig Leser misen, ein Beweis, daß doch ziemlich stark gespielt wird. Ein derartiger Widerspruch löst sich dadurch, daß man die sozialistischen Grundzüge auf kapitalistische Einrichtungen vspioniert, wodurch man sich nur schadet. Das geht nicht an. In der bürgerlichen Gesellschaft haben wir uns bürgerlicher Geschäftsgesetze zu bedienen, wenn wir daraus Vorteil zu ziehen vermögen. Und das können wir, wie ich Ihnen gezeigt habe. Wir müssen auch in der Hinsicht auf den Schwächen der bürgerlichen Gesellschaft Kapital schlagen, das wir ja doch nur wieder gegenüber dieser bürgerlichen Gesellschaft verwenden. (Bravo.)

Die Debatte wird eröffnet.  
E. M. L. Saarbrücken tadelt die „Politische Rundschau“ des „Vorwärts“. Es fehle an der nötigen Abwechslung, was wohl daran liegt, daß immer eine Person sie schreibe. Auch mit dem Roman „Die Mittagsgöttin“ in der „Neuen Welt“ ist Redner nicht zufrieden. Was haben die Arbeiter, die einfachen Arbeiter, die nicht auf der Höhe der Zeit stehen, von der Erörterung solcher Fragen? Die „Neue Welt“ ist doch nicht für Literaten und Gelehrte gegründet. Sie soll für die einfachste Arbeiterfrau verständlich sein. Romane müßten gebracht werden, wie Otto Waller's „Am Wehluch der Zeit“. Die Bilder seien jammervoll, so daß man häufig erst auf der Erklärung ersehe, was sie darstellen sollten. Wären die Bilder besser, so wären die Bilderlegende überflüssig, und es würde Platz für belehrende Artikel über die Haushaltung oder zu Rathschlägen in Krankheitsfällen gewonnen. Redner hofft, daß in dieser Beziehung Wandel geschafft werde.

D. H. Frankfurt a. M. wendet sich gegen die Art und Weise, wie Genosse Fischer den Frankfurter Antrag behandelt habe. Wenn ein Antrag aus Frankfurt a. M. gestellt werde, so habe die Majorität darüber entschieden. Was hätten die beiden Personen, Hoch und Schmidt, damit zu thun? Die beiden Genossen haben als Redakteure des Blattes genug zu thun. Es fehle ihnen an Zeit. Die Kantky-Schoenlank'sche Broschüre sei zu wenig verständlich. Deshalb hätten die Frankfurter den Wunsch nach einer kürzeren und verständlicheren ausgesprochen. Das sei ihr gutes Recht und ihre Pflicht. — Redner hält es, was die Agitation betrifft, für gut, einen Mittelweg zwischen den beiden von Fischer bezeichneten Gegenständen zu finden zwischen dem „Entweder“: wir schicken unsere Abgeordneten auf Agitation, und dem Oder: wir schicken sie in den Reichstag. Redner beantragt: Der Parteitag wolle beschließen: In dem Bericht des Parteivorstandes ist für die Zukunft anzugeben: eine genaue und nach Wahlkreisen geordnete Tabelle der auf Veranlassung des Parteivorstandes abgehaltenen Versammlungen nebst den Namen der Referenten und der gratis verschickten Schriften. Außerdem ist die Zahl derjenigen Wahlkreise mit Namen anzuführen, deren Anforderungen nicht erfüllt werden konnten, nebst den Gründen hierfür.

J. H. Leipzig wünscht, daß der Vorstand mehr auf die Wünsche der Vertrauensleute bei den Flugblättern Rücksicht nehme.  
E. W. a. l. d. Hamburg bringt den Fall Kuer-Prejudizial zur Sprache. Kuer habe in einem Privatbriefe vor Br. gewarnt; er habe in Brüssel mit Spiegeln verkehrt. Den Beweis für seine Behauptung habe er aber noch nicht geliefert. Das sei wohl nötig, und so beantrage er die Wahl einer Prüfer-Kommission zur Prüfung der Angelegenheit. Was die Gehaltsfrage betrifft, so vertritt Redner die Ansicht, daß noch oben erniedrigt und nach unten erhöht werde. (Zustimmung.)

H. L. n. b. a. m. Eberfeld hätte gewünscht, wenn Genosse Fischer auch die Maifest berührt hätte. Redner tadelt das Maifestzeichen, daß Schund gewesen sei und keine Uberschüsse ergeben habe. Die „Neue Welt“ sei nicht in dem Sinne rebigiert worden, wie die alte „Neue Welt“ in den Jahren 76, 77 und 78. Für die Jugendliteratur müsse etwas getan werden.

S. M. d. t. Friedberg tritt für folgenden Antrag ein: Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteivorstand aufgefordert wird, für die Agitation im Wahlkreis Friedberg-Vödingen einige tüchtige Agitatoren zur Verfügung zu stellen.

H. e. n. g. s. b. a. d. Köln: Die Genossen in Köln sind der Meinung, daß vom Parteivorstand mehr für die Agitation getan werden konnte. Seit 8 Jahren habe Bebel nicht in Köln gesprochen. Trotz aller Briefe, trotzdem der Sitzgenuss zur Verfügung stand, sei er nicht gekommen. Der Thurm des Zentrums müsse ins Wackeln gebracht werden. Redner bezweifelt, daß in Berlin Miednermangel herrsche.

P. H. u. n. d. l. beklagt sich darüber, daß Bebel wohl in Dresden war, aber nicht in den Landkreis gekommen sei.  
W. i. l. l. e. Der Vorstand müsse, was die Agitation betrifft, mehr entlastet und mehr Werth auf die Selbstthätigkeit der Genossen gelegt werden, dann lasse sich etwas erzielen. Was die Presse betrifft, so müsse dem Vorstand das Recht ertheilt werden, dort, wo er Zuschüsse leiste, auch zu kontrollieren.

B. a. r. t. m. a. n. n. Friedr. hagen: Die mündliche Agitation sei die beste und wirksamste; sie müsse deshalb besonders gepflegt werden. Redner bringt eine Beschwerde gegen den „Vorwärts“ vor, die sich auf die veränderte und verstimelte Aufnahme einer Einsetzung, den Arbeiter-Verein in Friedr. hagen betriebe, bezieht. Solche Mißstände müßten vermieden werden.

K. i. e. l. Berlin: Redner meint, daß der Gehalt Liebknecht's am „Vorwärts“ zu hoch sei im Vergleich zu den unteren Gehältern. Auch mit der Art, wie Kuer die Genossen zu behandeln pflegt, ist Redner nicht einverstanden. Der Wahlkreis, den Redner vertritt, ist mit der Herausgabe der Mai-Festzeichen nicht einverstanden.

S. c. h. u. m. a. n. n. Verford bedauert, daß der Abg. Schumacher sich von der Agitation gedrückt habe, als die Cholera im Anzuge gewesen sei.

K. l. e. s. Magdeburg: Magdeburg sei der Spudnapf der Berliner Unabhängigen. Ein besonders wirksames Kampfmittel sei der Hinweis auf Liebknecht's hohes Einkommen. Das habe auch zum Theil gewirkt, die Mittel fließen spärlicher. Redner will die Höhe des Gehalts nicht bemängeln, wünscht aber die Festsetzung durch den Parteitag. Was die „Neue Welt“ betrifft, so wünscht Magdeburg bessere Anpassung des Blattes an die Bedürfnisse der Agitation und bessere Ausstattung des Blattes hinsichtlich der Bilder. Die Anstellung besoldeter Agitatoren kann Redner nach seinen Erfahrungen nicht besonders empfehlen. Dinge es aber nicht anders, so sei besondere Vorsicht bei der Auswahl der Personen geboten. Zur Charakteristik Kuer's meint Redner, daß der ein Engel sei im Vergleich zum verstorbenen Jork. (Weiterer.) Man müsse bedenken, wie sehr Kuer in Anspruch genommen werde.

F. r. a. n. z. e. n. München-Obbach findet, daß zur Bekämpfung des Zentrums, die in Halle von Bebel offiziell angekündigt worden sei, viel zu wenig geschehen wäre.

D. r. e. s. c. h. e. r. Berlin ist mit der Art und Weise, wie der Vorstand die Untersuchungen an Gemahregelle vertheilt habe, einverstanden. In dem Berichte Bebel's bemerkt Redner, daß Annoncen

in den „Vorwärts“ gekommen wären, die besser unterblieben wären.

W. e. i. m. s. Gollar: Das Parteisekretariat schreibe zuweilen Briefe in einem Tone, der sich von dem eines Unteroffiziers wenig unterscheiden. Auch sei die Behandlung der Gesuche zuweilen schablonenhaft. Die Frage des Liebknecht'schen Gehaltes habe man bisher zu geringschätzig behandelt, dadurch seien manche Genossen mißtrauisch geworden.

H. o. f. f. m. a. n. n. Zeit: Bei unwichtigen Reichstags-Verhandlungen könnten die meisten unserer Abgeordneten ruhig schlafen und lieber Agitation im Lande treiben. Der Wunsch nach hervorragenden Rednern — sogenannten Redneradonnen — sei sehr erklärlich. Die Namen rüttelten die indifferente Masse auf, die sonst nicht in die Versammlungen komme. Mit Personenkultus habe das nichts zu thun. Wenn die Redakteuregähler, die am „Vorwärts“ gezahlt würden, Kassen erregt hätten, so sei das sehr erklärlich, wenn man weiß, damit ein Provinzredakteur zufrieden sein müsse. Vergleiche man die Gehälter, so sei es angenehmer, Landknecht am „Vorwärts“ zu sein, als Chefredakteur eines Provinzialblattes der Partei (Zustimmung). Das Maifest-Feiern habe wohl nirgends Beifall gefunden; die einzige Entschuldigung sei, daß es aus Nürnberg, der Stadt der Spielwaren, komme.

Redner bespricht noch die Landagitation.  
S. t. o. r. c. h. a. n. d. o. w. Griefenbogen bespricht die Landagitation und hebt hervor, daß er sich diesmal nicht, wie im Vorjahre über eine Vernachlässigung Pommerns seitens des Parteivorstandes zu beklagen habe. Sie seien mit Agitationsmaterial reichlich versehen worden. In der Landonenzfrage bittet Redner einen prinzipiellen Beschluß darüber herbeizuführen, ob Inserate von geboykotteten Lokalen in der Parteipresse aufgenommen werden dürften. In Stuttgart sei dies zum Schaden der Partei geschehen. Redner stellt noch fest, daß die Bewegung auch in Hinterpommern große Fortschritte gemacht habe.

Damit schließt die Vormittagssitzung.

#### Nachmittags-Sitzung.

Um 3/4 Uhr werden die Verhandlungen wieder eröffnet.  
D. a. n. i. e. l. s. o. n. überbringt den Gruß der jungen schwedischen Sozialdemokratie an die mächtige deutsche Partei, welche die schwedischen Genossen als ihre Mutterpartei betrachten. Wir sind überzeugt, daß die Verhandlungen des Parteitages die Sache der Sozialdemokratie in der ganzen Welt, besonders aber die der germanischen Bruderparteien fördern werden. (Beifall.)

Begrüßungen sind eingetroffen von der Turnerschaft Apolda, der Vereinigung junger Kaufleute Berlin, aus Braunschweig, von den Genossen des 5. und 6. Reichstags-Wahlkreises.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Reich-Köln für die Mandats-Prüfungskommission Bericht: Anwesend sind 292 Delegirte. 5 Mandate wurden beantragt, 1 für ungültig erklärt. Es bleiben hiernach 287 Delegirte. Dazu kommen die Abgeordneten der Fraktion und die Beamten des Parteivorstandes. 199 Delegirte haben 1, 10—2, 4—3, 3—4, 1—5 Mandate.

Für ungültig zu erklären bittet die Kommission das Mandat des Genossen Gresse für Wittenberg, Torgau, Liebenwerda. Das Mandat ist in einer Versammlung sogenannter Landmannschaften in Berlin zu stande gekommen. Es dürfe kein Präjudiz geschaffen werden, sonst könnten in Berlin Delegirte für ganz Deutschland gewählt werden. (Zustimmung.)

Weiter beantragt wird das Mandat des Genossen Otto Thierbach für Preussisch-Angermünde. Es ist von den Vertrauensleuten aufgestellt, weil angeblich keine Versammlung im Kreise möglich war. Die Kommission hat sich von der Nichtigkeit dieser Angabe nicht überzeugen können, weil in Schwedt eine Versammlung möglich war.

Bevorhandet werden weiter die Mandate von Schumacher und Wahlen-Solingen. Nach der Organisation hat jeder Kreis nur das Recht, drei Delegirte zu wählen. Aus dem Solinger Kreise sind aber fünf Delegirte erschienen, von denen die ersten drei in einer ordnungsmäßig angekündigten Versammlung in Ohligs gewählt worden sind. Schumacher und Wahlen konnten in dieser Versammlung erscheinen, statt dessen liegen sie sich in einer nachträglichen Versammlung in Solingen wählen.

Außerdem liegt noch ein Protest aus Offenbach-Dieburg gegen den in Offenbach gewählten Genossen Jaffe vor. Aus einer Versammlung des Kreises wurde beschlossen, nur einen Delegirten zu wählen. Dennoch wählte Offenbach noch einen Delegirten besonders. Den Genossen wird aus Anlaß dieses Falles empfohlen, daran festzuhalten, daß die Minorität sich der Majorität unterzuordnen hat. Das Mandat für ungültig zu erklären, erschien deshalb nicht angängig, weil aus dem Kreise nicht mehr als zwei Delegirte erschienen sind. (Zustimmung.)

Nach kurzer Debatte werden die Mandate Gresse und Thierbach für ungültig erklärt.

Eine längere Auseinandersetzung rufen die Solinger Mandate hervor.

K. u. e. r. beantragt im Hinblick auf die Differenzen im Kreise Solingen in diesem Falle eine einmalige Ausnahme zu machen und das Mandat Wahlen's anzuerkennen.

Dieser Antrag wird von verschiedenen Seiten lebhaft bekämpft und von Kuer auf Anregung von Hoffmann-Zeit dahin modifizirt, daß das Wahlen'sche Mandat zwar für ungültig erklärt, er aber ersucht wird, auf dem Parteitag zu bleiben, um sich bei der Besprechung des Solinger Streites an der Debatte zu betheiligen.

Die Versammlung schließt sich, nachdem sie die Mandate Schumacher's und Wahlen's prinzipiell für ungültig erklärt hat, diesem Wunsche an.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten, nachdem beschlossen worden, zur Erledigung des Solinger Falles eine Kommission zu ernennen und mit der Prüfung des Materials zu betrauen. Die Kommission soll aus 7 Delegirten gebildet und morgen früh vor Beginn der Sitzung gewählt werden.

Die Diskussion zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

H. ä. l. l. e. Erfurt: Die Gesamthaltung des „Vorwärts“ wird zu Anstellungen nicht Veranlassung geben, wohl aber manche Einzelheiten. So hat die Haltung des „Vorwärts“ zu den Frühjahrsrekruten in weiten Parteikreisen unangenehm berührt. Er hat die Tumultuanten ohne Ausnahme alle in einen Topf geworfen und sie als Ballonmänner und Lumpenproletariat bezeichnet. Ich selber sehe den Berliner Verhältnissen fern, aber noch heute haben mir Genossen berichtet, daß unter den Tumultuanten sich viele ehrliche, brave Parteigenossen befunden haben, die nur die Noth auf die Straße getrieben hat. Ebensovornig ist Redner mit der Art und Weise einverstanden, wie der „Vorwärts“ die Polemik mit den Unabhängigen führt. Diese Polemik ist ja an und für sich überhaupt nicht sehr angenehm für jeden Menschen, der auf Reinlichkeit hält und nun den Schmutz der Unabhängigen ansetzen soll. Das erfordert eine gewisse Ueberwindung. Jedenfalls sollte aber der „Vorwärts“, wenn er antwortet, nicht in der gleichen Art reagieren.

Redner tadelt des weiteren die Taktik des Todtschweigens, die der „Vorwärts“ bei den tumultuarischen Vorgängen bei den letzten Berliner Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen eingeschlagen habe. Die Provinzpresse war in der unangenehmen Lage, die Berichte der gegenwärtigen Presse darüber benutzen zu müssen. Ebensovornig hat der „Vorwärts“ ungelangt geschwiegen, als es zum Streit in der Versammlung der „Freien Volksbühne“ kam. Als endlich ein Bericht erschien, war er absolut unbrauchbar. Redner erwähnt noch zwei Polemiken des „Voro.“ gegen die Unabhängigen, die gelinde gesagt ungeschickt gewesen seien und dadurch unsere gute Sache kompromittirt hätten.

S. o. b. i. e. n. Bromberg ist gleichfalls mit dem „Vorw.“ nicht einverstanden. Er betone zu sehr die besonderen lokalen Interessen und schade damit seiner Aufgabe, Zentralorgan der Partei zu sein. Mit Bebel's Hinweis auf die Repräsentationskosten Liebknecht's kann Redner sich nicht befremden. Schweiger habe

auch Repräsentationsgelder verlangt. Man gelange dahin, auch für unsere Agitatoren, die sich mit gegenwärtigen Agitatoren zu messen haben, Repräsentationsgelder zu fordern, damit sie wie diese auftreten könnten. Redner meint noch, daß der Mensch, wenn er alt wird, zur Reichthaberei neige, daß aber alles seine Grenzen haben müsse. Was das Maifestzeichen betrifft, so habe noch niemand behauptet, daß es nicht Hoch gewesen sei. Zum Schluß bespricht Redner die Agitation in Ost- und Westpreußen, für die nicht genug getan werde. Kiefel aus Berlin sei z. B. nicht zur Maifestfeier als Redner gekommen, dennoch seien 51 M. Uberschuss erzielt worden. (Weiterer.)

S. K. u. e. r. verwahrt sich dagegen, daß man ihn mit dem Genossen Kiefel verwechsle. In jener Versammlung ist Kiefel allerdings von mir verpflichtet worden, allein ungünstige Verhältnisse trafen zusammen, und hinderten Kiefel daran, seinen Versprechen nachzukommen. Nun, das geht ja nach der Angabe meines gebrüder Vorredners aus angenehmer Verlaufe, wer weiß, ob dies der Fall gewesen sein würde, wenn die Versammlung auch noch eine Festrede hätte verdamen müssen (Weiterer.)

Redner wendet sich nunmehr gegen den seit 25 Jahren regelmäßig gebotenen Vorwurf über mangelhafte Agitation. Darüber könne man verschiedene Ansichten haben. Der Parteigenosse und der Polizei sei es jedenfalls schon zu viel Agitation. Man verlange eben thatsächlich Unmögliches vom Parteivorstand, möge man doch Vorschläge machen, statt zu nörgeln und ewig dieselben Anträge zu stellen. Man erbringe den Nachweis, ob unsere großen Redner nicht ihre volle Schuldigkeit getan haben. Den kann man aber nicht erbringen. Der einzige Ausweg sei, man möge sich daran machen, ein halbes Dutzend Bebel oder Liebknecht herzustellen (Weiterer). Man fürchte sich, daß dies nicht so leicht ist. (Übermalige Weiterer.) Also derartige Erörterungen sind in die Luft gesprochen. Genau so verhalte es sich mit dem Jahr für Jahr gestellten Antrag, Proschüren zur Landagitation, Jugendliteratur u. herauszugeben. Wollen sich doch auch hier die Agitatoren daran machen, brauchbare Schriften zu verfassen, der Parteivorstand wird sie mit Dank annehmen. Eine Resolution anzunehmen sei zwecklos. Der Parteivorstand thue, was möglich sei. In gleichem Sinne müßte er auch gegen den Antrag der Düsseldorfer Genossen vorgehen, es müßten nur zehn Abgeordnete im Reichstag anwesend sein, die übrigen müßten der Agitation obliegen. Nun braucht man bloß zu sagen, welche im Reichstag sein sollen, und der Streit ist da. Es spricht sich also immer so zu: Mehr Bebel her! (Weiterer.)

In weiteren Verlaufe ist die persönlichen Angriffe, die er erfahren, eingehend, bittet Redner, doch die Vorwürfe kritisch zu formulieren, dann werde er sich zu verteidigen wissen. Er wisse ja, daß er ein bißchen groß sei. (Weiterer.) In der Angelegenheit mit Prejudizial sei Folgendes wahr. Im Vorjahr, zur Zeit als der Brüsseler Kongress zusammengetreten sei, habe er in seinem Bureau den Besuch eines Mannes empfangen, der ihm mitgetheilt habe, daß 14 Tage vor dem Brüsseler Kongress ein hoher Polizeibeamter sich in Brüssel aufgehalten habe und dort häufig mit Prejudizial verkehrt hat. Der Mann habe schon früher durchaus richtige Mittheilungen gemacht, es sei also kein Anlaß gewesen, an dem über Prejudizial Mitgetheilten zu zweifeln. Danach habe er sich verpflichtet gehalten, den politischen Genossen Vorschlag zu empfehlen, er habe sie nur gewarnt. Er habe aber extra hinzugefügt, die Sache nicht in die Öffentlichkeit bringen zu lassen. Die Sache sei aber doch der Öffentlichkeit überantwortet worden, und nun werde ihm die Verantwortlichkeit zugeschoben. Er hätte gern geschwiegen, nun mußte er aber reden. Er bittet um Entscheidung, ob er anders habe handeln können. (Bravo.)

M. a. l. l. e. Hensburg bespricht die Landagitation. In dem Redner's Wahlkreis herrscht zum Theil noch die dänische Sprache. Die Genossen haben sich an die dänische Partei mit der Bitte um dänische Agitationsbroschüren gewandt. Wir haben sie bereitwillig erhalten und gefunden, daß die dänischen Broschüren viel verständlicher seien als die deutschen; die deutschen Broschüren seien auch zu theuer.

Ein Schlusstrat wird, nachdem Mittag-Halls daselbst, Th. e. i. s. Hamburg dagegen gesprochen, abgelehnt.

R. e. i. s. t. Köln erörtert die Ausgaben, die die Volkstimme für die Agitation zu lösen hätten.

Was die Frage der Gehälter der Redakteure des „Vorwärts“ betrifft, so ist Redner der Meinung, daß unsere Partei ihren Charakter als proletarische Partei nicht verlieren dürfe. Freilich seien die Akademiker, die ihre Feder in den Dienst der Partei stellen, an eine andere Lebenshaltung gewöhnt als die Proletarier. Wohl soll von ihnen und unseren Beamten überhaupt des Lebens Sorge fern gehalten werden, aber nothwendig sei es, daß die Gehälter vom Parteitag festgesetzt würden. Den Inhalt der „Neuen Welt“ wünscht Redner etwas allgemeiner verständlicher. Die Schaffung einer Jugendliteratur sei endlich dringend geboten; der Parteitag müsse die Mittel hierzu zur Verfügung stellen.

W. e. b. e. l. Daß das Maifestzeichen hier zu Sprache gebracht werden würde, wußte ich. Ich bin der Anreger des Antrages des Unternehmens und trage die moralische Verantwortlichkeit dafür. Was war aber der Grund, der mich zu dem Vorschlag veranlaßte? Die letzte Maifestfeier sei auf einen Sonntag. Wollten wir feststellen, wer von den Feiern eigentlich zu ungehörte, so war ein äußeres Zeichen erforderlich. Ich regte die Sache im Vorstand an, und nicht nur dort, sondern auch in der Fraktion war die große Majorität für meinen Vorschlag. Die Zeit war inzwischen schon sehr vorgeückt, und so mußten wir mit dem, was in der Kirche der Zeit noch zu stande gebracht werden konnte, zufrieden sein. Erbaut waren wir alle nicht davon. Uebrigens zeichnete sich das Londoner Maifestzeichen aus nicht durch besonderen Geschmack aus. Der Verkauf der Maifestzeichen hat einen Uberschuss von 5000, nicht 500 M. ergeben. Darüber freut sich ja mein Herz als Kassirer, dennoch, wenn der Parteitag es nicht ausdrücklich beschließt, so thyan wir's diesmal nicht wieder. (Weiterer.) Redner erörtert noch einmal die Frage der Redakteuregehälter beim „Vorwärts“. Es sei außerordentlich unangenehm, über diese Frage hier zu verhandeln, und es sei zu beschränken, daß ein Theil der Kritik auf die wir angewiesen sind, sich dafür bedankt, für uns noch weiter thätig zu sein. Der gegenwärtige Gehalt der Redaktion ist nur mit außerordentlichem Widerstreben nach Berlin gegangen. Es müßte aber sein. Wir haben bei der Festsetzung des Gehaltes weiter nichts getan, als daß wir es in einer Höhe festsetzten, die nicht einmal der in der Journalistik üblichen entsprach. Sind wir mit vollem Recht dazu verpflichtet, den in unseren Parteigesellschaften thätigen Handarbeitern die höchsten ordentlichen Löhne zu zahlen, so sollten wir die Konsequenz daraus für die geistigen Arbeiter ziehen. Wir leben nun einmal in der bürgerlichen Welt. Die Partei muß sich nach dem Stande sein, ihre Kräfte so zu bejahen, daß sie sich sagen, was die bürgerliche Gesellschaft uns bietet, und die Partei auch. Ich fürchte, die Verheerungen, die hier über die hohen Gehälter gefallen sind, sie werden der Partei nicht sehr nützlich sein. Ist es nicht ein beliebiger Vorwurf unserer Gegner, wir wollten die ganze Kultur herabrücken und alles proletarisiren? In Wirklichkeit ist das Gegenbild der Fall, und manche der hier gehaltenen Reden könnten diesen Glauben noch außer hin erwecken. Haben wir nicht dieselben Unterschiede zwischen Arbeiter und Beamten? Ein gut bezahlter Schriftsteller verdient 40 bis 50 M. in der Woche, ein schlecht gelohnter Handarbeiter 10 M. Ich bin dagegen, daß der Parteitag die Gehälter definitiv regelt. Jedes Jahr kann sie sich ändern. So zahlen wir dem zweiten Redakteur des „Vorwärts“ augenblicklich 5000 M. um seine ausgezeichnete Kraft im Dienst der Partei zu verwahren. Er ist erkrankt, und es ist nicht gesagt, daß wir, wenn er, was wir alle tief bedauern würden, nicht wieder hergekommen wird, seinem Nachfolger dasselbe Gehalt zahlen. Ein gewisser



Habe. Der Verteidiger des Angell. Opitz trat auch für dessen Freisprechung ein.

Das Urteil lautete auf Freisprechung sämtlicher drei Angeklagten, da auch in bezug des Angell. Opitz nicht erwiesen sei, daß derselbe seine Forderung zu Unrecht geltend gemacht habe. Der Verfasser des Briefes ohne Unterschrift sei nicht zu ermitteln gewesen.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten, allgemeinen Interessen zur Verfügung; sie ruht sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

### Erklärung.

Nach dem in Nr. 237 des „Vorwärts“ über die Versammlung, welche zum 30. Oktober von der Frauen-Agitations-Kommission einberufen war, veröffentlichten Bericht, gab Frau Fahrwald an, daß sie in der Versammlung des 2. Wahlkreises mit unangemessenen Redensarten traktiert worden sei, und ein Antrag auf Abänderung des Organisationsplans seitens der Frauen trotz der Majorität für abgelehnt erklärt worden wäre. Demgegenüber stellen wir fest: 1. Es ist uns nichts davon bekannt, daß Frau Fahrwald mit unangemessenen Redensarten traktiert worden wäre; 2. daß der von zwei Frauen und dem Genossen Greisenberg gestellte Antrag auf Abänderung des Organisationsplans von letzterem zurückgezogen wurde, nachdem Streitigkeiten über die Majorität entstanden waren, und zwar geschah die Zurücknahme mit der Motivierung, daß der Antrag dem Parteitag doch unterbreitet werden würde. Ein weiterer Antrag auf Wiederaufnahme des Antrags von Frauen war aus diesem Grunde nicht eingebracht.

Hermann Werner.  
Franz Rihing.  
Paul Sjad.

In Nr. 234 des „Vorwärts“, 2. Beilage, erklärt ein Herr Wolff als Vertreter der „Zentral-Fleischerzeitung“ eine Erklärung, welche offenbar den Zweck haben soll, die in unserer Oktoberversammlung bzw. die in dem vom „Vorwärts“ gebrachten Versammlungsberichte angeführten Thatsachen bezüglich des von dem Verlage der „Zentral-Fleischerzeitung“ und gestellten niedrigen Preises für die Verbreitung derselben als unwahr hinzustellen! Demgegenüber bemerke ich, daß Thatsachen beweisen. Herr Wolff wird nicht bestreiten können, daß er für Expedition über ganz Berlin und die Vororte einschließlich der Zentralisierung nur 30 Pf. pro Quartal und Exemplar zahlen wollte, und zwar bei wöchentlich zweimaliger Zustellung pünktlich des Abends. Der Herr Vertreter gebrauchte dabei noch die Worte, daß wir doch ein so junges Unternehmen unterstützen müßten; wir lehnten aber eine solche Zustimmung nicht nur in Rücksicht auf uns selbst, sondern auch in Rücksicht auf unsere Mitarbeiter ab. Nachdem hat der Verlag einem Herrn Neuf die Verbreitung für 30 Pf. übertragen. Derselbe war aber nicht im Stande, auch nur annähernd diese Aufgabe auszuführen, was daraus hervorgeht, daß, obgleich er nicht unser Mitglieb ist, mich dennoch ersuchte, ihm mit unserer Vereinigung zu Hilfe zu eilen. Selbstverständlich mußte ich ein solches Ansinnen ablehnen. Herr Neuf mußte daher die sehr einträgliche Arbeit wieder fahren lassen.

Wenn nun Herr Wolff jetzt behauptet, daß 50 Pf. gezahlt würden, so beweist das eben, daß man uns gegenüber den angeführten Thatsachen öffentlich der Unwahrheit zeihen will, was ich hiermit entschieden zurückweise. Sollten jedoch in Zukunft 50 Pf. gezahlt werden, so würde dies doch lediglich als eine Folge unseres konsequenten Verhaltens anzusehen sein.

Die Freie Vereinigung der Berliner Zeitungsredakteure u. Verleger.  
J. W. Wilhelm Schäfer, Vorsitzender.

## Vermischtes.

Kassel, 11. November. Der frühere Stadtkämmerer und Sparassen-Rendant Joh. Dolt zu Gudensberg, einem Städtchen unweit Kassel, hatte sich gestern vor dem Schwurgericht wegen schweren Amtsverbrechens, Unterschlagung von Geldern und

Fälschung der zur Kontrolle dienenden Bücher zu verantworten. Dolt ist ein Greis von 78 Jahren und war seit 50 Jahren Stadtkämmerer und 45 Jahre Rendant der Sparkasse. Die Anklage legt ihm zur Last, von 1847 bis 1891 amtliche Gelder durch ein sorgfältiges Handeln im Gesamtbetrage von 40 200 M. unterschlagen und die Kontrollregister seit dieser Zeit gefälscht zu haben. Da die Geschworenen mildernde Umstände annahmen, so wurde er zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

München, 12. November. Der Bankier Schweighöfer wurde heute wegen wiederholten Betruges zu 6 Monaten Gefängnis 1800 M. Geldstrafe und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 1 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust beantragt, die Verteidiger waren für Freisprechung.

Explosion. Zittau, 14. November. In der Droguenhandlung von Hugo Hoffmann fand eine entsetzliche Benzol-Explosion statt. Hoffmann und seine Frau wurden lebensgefährlich verletzt. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Eisenbahn-Unfall. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Die D e n h o l e n, 13. November. Der hiesige Bahnhof war gestern Nachmittag der Schauplatz eines schweren Eisenbahn-Unfalls. Die beiden Eisenbahn-Arbeiter Matheis und Reippe waren an der Drehscheibe damit beschäftigt, eine Lokomotive zu wenden, als der Reipper Güterzug einfuhr. Ein im Zuge fahrender breiter Wagen erfasste die Maschine und schleuderte sie mit der Drehscheibe mehrmals herum. Matheis gerieth unter die Maschine und wurde auf der Stelle getödtet, während Reippe, schwer an der Brust verletzt, weggetragen werden mußte.

## Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 15. November. Mit Rücksicht auf die Abnahme der Chovra in Belgien, den Niederlanden und Frankreich hebt eine Ministerialverordnung im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung das Ein- und Durchfuhrverbot für Waaren aus diesen Ländern auf, ausgenommen für Kadern sowie gebrauchte ungeringste Kleidungsstücke, Leib- und Bettwäsche.

Paris, 15. November. Die gerichtliche Voruntersuchung in Sachen der Panama-Gesellschaft ist nunmehr geschlossen. Entgegen den bisherigen gegentheiligen Meldungen hat der Generalprokurator beschlossen, die gerichtliche Verfolgung eintreten zu lassen.

Paris, 15. November. Der Ministerrat beschloß in seiner heutigen Sitzung bei dem Gesetzentwurf betreffend die Presse zu der Gesamtvorlage die Vertrauensfrage zu stellen.

Die Zollkommission hat heute bei der Vorberatung des französisch-schweizerischen Handelsabkommens alle Zolltarif-Verabredungen abgelehnt.

Paris, 15. November. In die gerichtliche Verfolgung gegen die Panama-Gesellschaft soll der gesamte Verwaltungsrath einbezogen werden. Letzter, als Großoffizier der Ehrenlegion, wird vor dem Appellgericht erscheinen, da die Untersuchung gegen denselben bereits vor der Annahme des am Sonnabend von der Kammer votierten Antrags Pontois eingeleitet war.

Paris, 15. November. Die Deputiertenkammer genehmigte den Abzug des Amendements Turvel, in welchem die Erhöhung der Alkoholsteuer auf 245 Franks vorgeschlagen wird, mit 354 gegen 160 Stimmen. Der letzte Abzug desselben Amendements betreffend die Erhöhung der Schankkonzessions-Gebühren wurde ebenfalls angenommen.

London, 15. November. Die Regierung empfiehlt den Lokalbehörden die Ausführung öffentlicher Arbeiten, damit den verschämten Armen dadurch Gelegenheit zur Beschäftigung gegeben werde.

Rom, 15. November. Nach dem „Popolo Romano“ sind von den 60 Stichwahlen am Sonntag 43 zu Gunsten ministerieller Deputierter ausgefallen.

Washington, 15. November. Der Schatzsekretär hat sich dahin ausgesprochen, daß der Wiederausbruch der Cholera im nächsten Frühjahr möglich, und daß deshalb die nötige Quarantäne anrecht zu erhalten sei.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Freising, 15. November. Dr. Daller, der Führer der bayerischen Zentrumspartei, erklärte in einer Kassenversammlung, die Militärvorlage sei für das Zentrum absolut unannehmbar, da dasselbe durch die Annahme bei seinen Wählern geschädigt werde.

Wien, 15. November. Die Redakteure des hiesigen radikalen sozialistischen Blattes „Die Zukunft“, Balenci, angeblich ein Reichsdeutscher, sowie Friedländer und Berner, wurden nach einer Meldung des „Wiener Tageblatt“ verhaftet. — Der „Wolff. Zig.“ meldet eine Wiener Depesche: Die Polizei verhaftete zwei Sozialisten, Rajetan Balenci und S. D. Friedländer, ersterer Herausgeber, letzterer verantwortlicher Redakteur des sozialistischen Blattes „Zukunft“. Die „Zukunft“ gilt als Organ der radikalen Sozialistenpartei und erschien bis jetzt in sechs Nummern, die insgesamt beschlagnahmt wurden, weil in denselben zur Propaganda der That aufgerufen, der Jahrestag der Hinrichtung der Chicagoer Anarchisten, sowie das jüngst in Paris verübte Bombenattentat gefeiert wurde. Das Blatt unterhielt Verbindungen mit dem Klub der unabhängigen Sozialisten in Berlin, mit den kommunistischen und anarchistischen Klubs in Paris, London, New-York und Chicago. Balenci traf in Wien erst am Beginn des Jahres, aus Berlin ein und gründete im Sommer die „Zukunft“.

Kopenhagen, 15. November. Im Folkething begann gestern Nachmittag die erste Sitzung des vorläufigen Finanzgesetzes für das gegenwärtige Finanzjahr. Ein heftiger Zusammenstoß zwischen der radikalen und der gemäßigten Linken bildete die Einleitung zu der Verhandlung. Abg. K. Nielsen bezeichnete die Vorlage des Gesetzes durch den Konseilspräsidenten, nachdem es schon auf dem Wege der privaten Initiative verworfen worden sei, als eine Verächtung des verfassungsmäßigen Rechtes, eine raffinierte Verhöhnung des Things und des allgemeinen Wahlrechts. Das Thing müsse den Übergang zur zweiten Lesung verweigern, denn die Vorlage sei verfassungswidrig. Nielsen richtete gegen die Regierung einen heftigen Angriff wegen der behändig wiederkehrenden provisorischen Finanzgesetze und deren späte Vorlage. Abg. Larsen (gemäßigte Linke) bittet das Thing, von der bisherigen Regel der Verweisung der provisorischen Finanzgesetze zur zweiten Sitzung nicht abzugehen. Abg. Dr. Brandes erklärt sich unter großer Unruhe der gemäßigten Linken für die Ansicht des Abg. Nielsen; zu dieser seiner veränderten Stellung hält die letzte Wahl Anlaß gegeben, wo die verhandelnde Linke mit der Rechten gegangen sei. Abg. Thomsen (Rechte) erklärt, daß er mit Gemüthsruhe zusehen werde, was das Thing mit dem Finanzgesetze anfangen wolle.

Stockholm, 15. November. Die Arbeitslosigkeit nimmt in allen Gewerben in bedenklichem Grade zu. Die sozialdemokratische Partei hat deshalb ihr statistisches Komitee beauftragt, eine Statistik über die hiesigen Arbeitslosen anzufertigen, die den Stadtverordneten zugestellt werden soll, wenn demnächst die jährlich wiederkehrende Frage wegen Bewilligungen zu Nothstandsarbeiten zur Verhandlung kommt.

Brüssel, 15. November. Alle Manifestationen werden wegen des heutigen Königstages abgesehen. Trotzdem wurden die Polizei, die Gendarmen und die Feuerwehre konfirmiert. Die den Festzug begleitenden Militärabteilungen werden verdispert. Am Abend finden mehrere große Versammlungen und Umzüge durch die Straßen statt.

Brüssel, 15. November. Die Föderation der Arbeiterpartei beschloß die Organisation der Propaganda zu Gunsten eines Generalstreiks aller Arbeiter Belgiens zwecks Erzwingung des allgemeinen Stimmrechts im ganzen Lande, die Einberufung eines Kongresses der Arbeiterpartei im Dezember, sowie die Organisation der Propaganda unter dem stehenden Heere. Ferner wurde beschlossen, die Bürgergarde, welche gelegentlich der Kammereröffnung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts manifestierten, zu beglückwünschen.

Wien, 15. November. Trotz des Verbotes und des starken Aufgebotes der bewaffneten Macht fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt zwecks Manifestation für das allgemeine Stimmrecht. Es wurden heftige Reden gehalten. 6000 Manifestanten zogen durch die Straßen inmitten dicht gedrängter Volksmassen. Die Polizei griff den Zug wiederholt mit der blanken Waffe an; sie wurde aber zurückgedrängt. Nach dem Schluß der Demonstration fand eine neue Versammlung statt. Die Polizei wurde ausgesperrt und mit Steinen geworfen, griff aber nicht ein.

Paris, 15. November. Der Kongress der Arbeiterpartei in Armentières beschloß die Errichtung einer sozialistischen Vereinigung in Nordfrankreich.

New-York, 15. November. Ein Großfeuer zerstörte in Winston (Carolina) die Tabak-Niederlagen, mehrere Banken, zahlreiche Handeldhäuser und Bureau. Der Schaden beträgt 3 Millionen Dollars.

Falkenstein-Clubhaus „Süd-Ost“ Falkenstein-9004L  
Straße 41. Geöffnet bis 12 Uhr Nacht.  
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal v. C. Trittelwitz.  
2 Vereinszimmer mit Piano. Fr. Billard. 2 Winter-Regelbahnen.  
Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit zu soliden Preisen.

Empfehle den Genossen meine Glaserei und Bilder-Einrahmung. Besonders empfehlenswert Glasprüde in sauberster Ausführung zu soliden Preisen, auch zum Selbstkosten vorzüglich. Bilder von Lassalle u. Marx in verschiedenen Größen. Lassalle-Büsten. Nach Auswärts brieflich.  
Carl Scholz, Wrangelstr. 32.

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.  
Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.) in Zigarrenpfeifen, Pfeifenköpfen, Schlipshalsen, Manichettenschnitten, Stöcken, Brochen. Güsten. En gros. En détail.  
2274 L. B. Günzel, jetzt Kothringerstr. 53, am Rosenthaler Thor.

Gottfried Schulz  
Admiralstraße 40a (Ecke Kottbusser Thor)  
empfiehlt sein  
Cigarren- u. Taback-Geschäft.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.  
Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Büchermöbel in großer Auswahl empfiehlt  
Berlin S.O., Rönickerstr. 25.

Zahn-Arzt Robert Wolf Brunnenstr. 41 (Rosenthaler Thor),  
Künstl. Zähne von 2 M. an, Plomben von 1,50 M. an, schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr.

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Dranienstr. 55 (Moritzplatz).  
Sprechst. 8-1, 3-5. Poliklinik f. Unverm. 1-3, 5-6. Künstl. Zähne 2 M

Parteigenossen!  
Kaufen zu noch nie dagewesenen Preisen  
Stieglige 1 M., Finken, Zeilige, Dompfaffen 2 M., Bogelkorn-Büchse 50 Pf., Stralauerplatz 21.  
Empfehle den Genossen mein Holz-, Kohlen- u. Borkstoffgeschäft  
n. Drehrolle. S. Haupt, Auguststr. 84.

Empfehle all. Freunden u. Genossen mein  
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.  
Kleiner Saal für 100 Personen (auch als Vereinszimmer) sowie 2 Regelbahnen sind noch einige Tage in der Woche zu vergeben. Dasselbst Zahlstellen des sog. Wahlvereins für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Verband der Metallarbeiter, Deutscher Tischler-Verband, Arbeiter-Bildungsschule, Genossenschaftsbäckerei.  
Otto Klein, Schönleinstr. 6.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle ich eine gute Weisze und Vereinszimmer. 2897b  
Rohradorf, Pauststr. 4.

Heute, Mittwoch: Frische Blut- und Leberwurst in bekannter Güte empfiehlt Hermann Vietwald, Schankwirth, Rantaustr. 45. 32854

Empfehle den Genossen u. Vereinen meine anerkannt großartige Saal- dekoration, auch lebende Bilder zu allen Festlichkeiten. Otto Arendt, Friedrichsbergerstr. 3, v. 1 Tr.

Musik. Empfehle den Genossen meine selbstverfertigten Zugharmonika in nur guter und hochseiner Ausführung zu billigsten Fabrikpreisen. 81908  
Ad. Franko, Untersachsenberg (Vogtland). Für Berlin Muster bei C. Sparsfeld, Eisenbahnstr. 33, Hof 1 Tr.

Elegante Herren- Anzüge, Paletots, sowie Damenkleider nur nach Maass, billigst, auch gegen Theilzahlung. 13977L  
Oranienstr. 126, I.

Achtung! Kein Laden.  
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pf. 60 Pf. 1785L  
S. F. Pinslage, Kottbusserstr. 4, Hof part.

Geschäfts-Eröffnung.  
Freunden und Genossen mache ich die ergebene Anzeige, daß ich das Cigarren-Geschäft (früher Wilschke), Junkerstr. 1, am 15. d. M. übernommen habe.  
Mein Bestreben soll sein, stets gute und reelle Waare zu liefern.  
Alle bestehenden Einrichtungen, sowie Zahlstelle für den Wahlverein u. s. w. bleiben.  
In Erwartung, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen  
Joh. Windhorst, Junkerstraße 1.

Spitzel auf Reisen.  
Ein neues Gesellschaftsspiel. Preis 75 Pf.  
Verlag: Hans Baake, Berlin S., City-Passage. Kolporteurs, auch außerhalb, gesucht. Rabatt.  
Muster geg. Einsend. v. 85 Pf.

Seben erschien  
— 11. Auflage.  
Herwegh, Gedichte eines Lebendigen. 6 M. 3.60, geb. M. 4.60, 6. J. Göschen, Stuttgart.

Landwolle,  
reine Schaafwolle, garantiert nicht einlaufend, sehr empfehlenswerth gegen Schweißschäße. Schock 25 Pf. 13054L  
Alleinvertauf Wrangelstr. 119 und Falkenstr. 8.  
Richard Stock.  
Strämpfe jeder Art werden angefertigt.  
Krawatt für die Invaliden- u. Altersversicherung Jüdenstr. 31, I.

Erstes und ältestes Herren-Garderoben-Geschäft  
des Diten von Julius Lindenbaum,  
Gr. Frankfurterstr. 139,  
empfiehlt sich seinen werthen Kunden und Bekannten zum Einkauf von eleganten Herren-Garderoben. Täglicher Eingang von Neuheiten.  
Spezialität:  
Anfertigung nach Maß.  
Zuschneider im Hause.  
Geschäftsprinzip:  
Strenge Reellität.  
Julius Lindenbaum,  
Gr. Frankfurterstr. 139.

Gratis Naturheilbad Reform, Dessauerstr. 31.  
66. Resterhandlung. 66.  
Billig Reste zu Anaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum reinsten Kammgarn, auch pass. zu Einfügungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie in Wintermänteln, Jacken, Plüsch, Woll, Seide, Sammt und Spitzen. 2754L  
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Anaben-Anzüge 66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein Schuhwaaren-Lager. Gute, solide Arbeit, mäßige Preise.  
H. Müller, 80., Schiffschiffstr. 3.

Zigarrenpfeifen- u. Pfeifenfabrik  
Leopold Kastan, Berlin N.,  
on gros. Kothringerstr. 100. Versandt.  
Freundliches feinstes möbliches Zimmer billig zu vermieten Waldenstr. 87, v. 2 Tr.

## Zwei Schweizerische Haushaltungs-Budgets.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:  
Um die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der verschiedenen Bevölkerungsklassen, namentlich aber der Arbeiterklasse, kennen zu lernen, hat man in den letzten Jahren einen neuen Weg der Erforschung betreten, nämlich die Gewinnung von Haushaltungs-Budgets. Bei der Seltenheit, die Arbeiter über ihre Hauswirtschaft Buch führen, mußte erst die Bedeutung und der große Wert solcher Aufzeichnungen erklärt werden, was auch in der Schweiz vielfach und auch mit Erfolg geschehen ist. So hat im vorigen Jahre der Basler Journalist Sandolt in der „Zeitschrift für schweizerische Statistik“ die genau geführten Haushaltungs-Budgets von zehn Basler Arbeiterfamilien veröffentlicht, welche reichliche und umfangreiche Zusammenstellungen von Aufzeichnungen sind und besonders den organisierten Arbeitern in Basel bei ihrer Agitation recht schätzbare Dienste leisten.  
In dem zweiten Hefte des diesjährigen Jahrganges der „Zeitschrift für schweizerische Statistik“ veröffentlicht Pfarrer Dr. Hoffmann zwei Haushaltungsbudgets aus dem Kanton Thurgau. Das eine ist von einem akademisch gebildeten Beamten und das andere von einem Fabrikarbeiter. Beide sind seit ca. 2 Jahren verheiratet und die Zahl der Familienangehörigen ist in beiden Haushaltungen die gleiche. Die Familie des Beamten besteht aus Mann (geb. 1860), der Frau (1867), einem Knaben (1891) und einem Diebstahlschuldigen. Der Mann ist bei der Lebensversicherung für 5000 Fr. und bei der Feuerversicherung mit dem Mobilien für 11 000 Fr. versichert.

Das Haushaltungs-Budget des Beamten weist folgende Zahlen in Einnahme und Ausgabe auf:

Einnahmen:		Fr.
Gehalt des Mannes		3500
Zins von 40 000 Fr. Kapital à 3 1/2 pCt.		1500
Summe der Einnahmen:		5000
Ausgaben:		Fr.
Nahrung		1944,06
Getränke		467,—
Wohnung		408,80
Mobilien und Hausgeräth		228,96
Heizung und Beleuchtung		221,15
Kleidung		348,70
Geistige Bedürfnisse		208,13
Vergnügungen		345,25
Reinlichkeit und Körperpflege		55,43
Krankenspflege		442,70
Versicherung		97,40
Steuern		250,87
Persönliche Dienstleistungen		221,07
Verschiedenes		196,22
Summe der Ausgaben		4759,73

Zu bemerken Pfarrer Hoffmann: „Der vorliegende Fall zeigt uns Besoldungs- und Lebensverhältnisse, wie wir sie bei einer starken Katastrophe von Beamten und Angestellten in der Schweiz antreffen. Allerdings ist die Zahl derjenigen, die eine Besoldung von 3500 Fr. beziehen, in unserem Kanton eine ziemlich beschränkte. So bewegt sich, um einige Beispiele anzuführen, die Besoldung der Kantons-Schullehrer zwischen 2200—3500 Fr. Die Zahl der Geistlichen, deren Jahreseinkommen 3500 Fr. übersteigt, ist eine kleine. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der evangelischen Pfarrer im Thurgau erreicht die Besoldung des vorliegenden Falles nicht. Auch das Einkommen unserer jüngeren Juristen wird sich gewiß höchstens um die Summe von 3500 Fr., als Mittel bewegen, während der größte Theil der kantonalen Beamten eine niedrigere Besoldung bezieht.“

Die Bilanz der Ausgaben mit den Einnahmen ergibt einen Jahresüberschuss von 240 Fr. Ersparnisse wurden nicht auf die Seite gelegt und gerade das tadelt der Verfasser, indem er meint, daß im vorliegenden Falle eine jährliche Ersparnis vom Jahreseinkommen möglich sein müßte, damit die Eltern später in der Lage wären, ihre Kinder hantelgemäß erziehen und ausbilden zu können. Ebenso würden die Kosten der Erhaltung des Lebens während der Altersperiode die Ersparnis eines Theils des Arbeitsertrages erfordern. Es sind also keine glänzenden Auskommenverhältnisse, welche uns in diesem Haushalt entgegengetreten, trotz der für thur-

gauische Verhältnisse hohen Besoldung und der günstigen Vermögenslage des Haushaltungsvorstandes.“ Derselbe gelang Herrn Hoffmann, daß er ohne das Haushaltungsbuch nie begriffen hätte, wie es einer so kleinen Familie bei sparsamen und zurückgezogenem Leben möglich sei, eine so große Summe auszugeben. — Die Familie des Arbeiters besteht aus ihm (geb. 1856), seiner Frau (1860), seiner Tochter (1891) und einer Haushälterin. Der Mann ist für 500 Fr. bei einer Lebensversicherung versichert und beide Ehegatten gehören einer Fabrik-Krankenkasse an.

Das Haushaltungsbudget weist folgende Zahlen auf:

Einnahmen:		Fr.
Verdienst des Mannes in 305 Arbeitstagen		991,25
Verdienst der Frau in 253 Arbeitstagen		605,50
Zu den Zinsen von 200 Fr. Kapitalien		8,—
Verschiedene Einnahmen		49,—
Summe der Einnahmen		1654,75
Ausgaben:		Fr.
Nahrung		708,80
Getränke		69,50
Wohnung		186,40
Mobilien und Hausgeräth		85,40
Heizung und Beleuchtung		68,45
Kleidung		149,87
Geistige Bedürfnisse		43,27
Vergnügungen		164,10
Reinlichkeit und Körperpflege		24,55
Krankenspflege		30,90
Versicherung		5,95
Steuern		24,15
Persönliche Dienstleistungen		72,—
Verschiedenes		27,50
Summe der Ausgaben		1624,84

Ein Vergleich der Ausgaben beider Haushaltungsbudgets zeigt bei den einzelnen Posten folgendes Prozentverhältnis:

	Beamter	Arbeiter
	pCt.	pCt.
Nahrung	28,2	43,6
Getränke	8,8	4,4
Wohnung	17,8	20,9
Kleidung	7,2	9,2
Geistige Bedürfnisse	4,4	2,7
Vergnügungen	7,2	6,4
Reinlichkeit und Körperpflege	1,2	1,5
Krankenspflege	9,3	1,9
Versicherung	2,1	1,9
Steuern	5,3	1,4
Persönliche Dienstleistungen	4,6	4,4
Verschiedenes	4,1	1,7

Dieser Vergleich bestätigt, was derartige Untersuchungen bisher stets ziffermäßig ergeben haben, daß nämlich, je kleiner das Einkommen, desto weniger zur Befriedigung idealer Bedürfnisse übrig bleibt, während bei höheren Einkommen die Ausgabe für die wichtigsten körperlichen Bedürfnisse eine procentual immer geringere wird. Für die wichtigsten Posten: Nahrung, Hauswesen und Kleidung veranschlagt der Beamte 52 pCt., der Arbeiter aber 72 pCt., jenem bleiben für alle übrigen Bedürfnisse noch 48 pCt., diesem aber nur noch 28 pCt.

Zum zweiten Fall bemerkt Herr Hoffmann: „Der vorliegende Fall ist von hoher Bedeutung, weil er zeigt, welcher Summe eine kleine Familie im Thurgau unter den glücklichsten Umständen bedarf, um ihren Bedürfnissen in bescheidenem Umfange zu genügen. Obwohl der Haushaltungsvorstand zu den verhältnismäßig gut bezahlten Arbeitern zählt, so wäre er doch ohne regelmäßiges Arbeitseinkommen seiner Frau nicht im Stande, seine Familie in erwünschter Weise zu erhalten. Schon dieses Jahr wird der Zuwachs, den die Familie Ende Januar durch die Geburt eines Knaben erfahren, die Auskommenverhältnisse wesentlich beeinflussen. Sollte sich die Zahl der Kinder noch weiter vermehren, so wird die Familie bald in bedrückte Verhältnisse gerathen. Der Punkt im Budget, an welchem Ersparnisse ohne Verzicht auf irgend eines Lebensbedürfnisses möglich sind, ist äußerst gering. Zuerst werden wohl bei den Charaktereigenschaften der Ehegatten die Ausgaben für Vergnügungen und geistige Bedürfnisse wesentlich beschränkt werden, obwohl dieselben eigentlich gar nicht zu hoch sind. Dann wird die eheliche Noth-

wendigkeit zu Einschränkungen auf dem Gebiete der Ernährung zwingen, Einschränkungen, die in ihrer Form schon oft genug aufgezeigt worden. Natürlich wird dann die mit ihrem Urtheil bald fertige Menge während dieser Periode im Leben unserer Haushaltung die alte bekannte Frage aufwerfen: „Was haben eigentlich diese Leute in den ersten Jahren ihrer Ehe mit ihrem schönen Verdienste angefangen?“ Unnötige und unmatheatische Frage für denjenigen, der nur einmal sich die Mühe genommen, auf die eindringliche und verständliche Sprache eines Arbeiterhaushaltungsbudgets zu hören. Das Rechnungsbuch der in Frage stehenden Familie erschien mir wie ein ehrwürdiges Dokument zur Beurtheilung der sozialen Frage überhaupt, als auch besonders zur Erkenntnis der thurgauischen Arbeiterverhältnisse. Es erzählt von redlichem Ringen und Streben der Ehegatten, sich ehrlich und anständig durch die Welt zu bringen. Die ungeschickten Schriftzeichen und die eckigen Zahlen spiegeln gleichsam des Hausvaters Freude über einen „schönen Jahrlang“, über ein Geschenk oder einen vortheilhaften Ankauf. Aus den jeweiligen Abschüssen am Ende der einzelnen Monate blüht uns die düstere Frage entgegen, wie werden sich wohl im künftigen Jahre die Ausgaben und die Einnahmen zu einander verhalten? Ueber dem ganzen Buch aber lagert, wie ein dunkler Schatten, die Angst vor der Zukunft.“

Dieser thurgauische Pfarrer Hoffmann ist mit seinen ruhigen und vernünftigen Betrachtungen über das Leben eines Arbeiters unter seinen Berufsgenossen jedenfalls ein weiser Rabe, aber doch denken gänzlichfalls nur wenige seiner Kollegen so wie er. Aber wie himmelweit verschieden sind diese Ausführungen von dem zelotischen Eifer eines Stöder und Konsortien gegen die Gemüthsart der Arbeiterklasse, gegen die „Jagd nach Vergnügungen“ und die „Verdorbenheit“ des arbeitenden Volkes. Es bedauert sich in solcher erforschenden Thätigkeit der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter ein tiefer Ernst, dieselben kennen zu lernen, Verständnis für die soziale Frage zu erlangen und behagliches Familienleben wie die Nothlage unabhängig von überirdischen Bestimmungen und Einflüssen irgend eines vorgerichteten Gottes zurückzuführen auf die sehr realen Ursachen, die in den Einkommen- wie Auskommenverhältnissen der Einzelnen liegen.

## Versammlungen.

Die Militärschneider hielten am 5. d. M. eine gut besuchte Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Rechenschaftsbericht des Vorstandes und welche Stellung dem Verein einzunehmen zu der öffentlichen Versammlung vom 21. September, in welcher die bekannte Resolution angenommen wurde? Der ziemlich umfangreiche Rechenschaftsbericht wurde mit Befriedigung entgegengenommen, ferner wurde das vom Vorstand an den Offizierverein zu richtende Schreiben in der vorliegenden Fassung gegen eine Stimme gutgeheißen, ebenso das Schreiben an alle Firmen, welche die Lieferungs-Uniformschneiderei für die Beamten betreiben. Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung, die Resolution betreffend, wurde gegen 3 Stimmen Uebereinstimmung beschlossen. Unter Verschiedenem legte der 2. Vorsitzende Langs sein Amt nieder.

Bekannt wurde noch gegeben, daß sich die Firma Ros und Schulz, Mauerstr. 26 (Hauptgeschäft: Potsdam, Hohewegstr. 4) in die Führgänge des deutschen Offiziervereins begeben hat, indem sie am Sonnabend, den 5. d. M., Lohnreduzierungen gegen ihre Arbeiter vornahm. Der Vorstand wird diese Angelegenheit in seiner nächsten Sitzung beraten und die nöthigen Schritte dazu thun.

Das an den Offizierverein zu richtende Schreiben lautet wie folgt:

Der Vorstand des Vereins der Uniformschneider Berlins gestattete sich, dem Direktorium des deutschen Offiziervereins mit folgendem zu nähern. Durch Vereinsmitglieder-Verschluss und im Einverständnis mit den Arbeitern Ihrer werthen Firma, sind wir beauftragt worden, dem Direktorium folgendes zur geneigten Erwägung und Beschlussfassung zu unterbreiten.

Das Direktorium hat es für notwendig und recht gefunden, am 1. Juli d. J. für einzelne Uniformstücke die Löhne zu kürzen. Die Vorstellung, doch diese Maßregel wieder zurückzunehmen, hat nur wenig Erfolg gehabt, darum müssen wir dem Direktorium die Erklärung abgeben, daß auf den gleichen Lohnsatz, nach welchem alle Berliner Firmen zahlen, welche die Uniform-

Belagerer im Rücken herfällt, um ihnen den Rückzug abzuschneiden und sie bis auf den letzten Mann zu vernichten.

Neben den falschen Nachrichten gelangen auch einige wahre — deren Richtigkeit sich später bestätigte — bis zu uns. So von einer auf der Straße von Grand Suce dicht an Le Mans ausgebrochenen Panik, wobei Greuelthaten sich zutragen: außer Rand und Band gekommene Soldaten warfen Verwundete aus den bereitstehenden Eisenbahnwaggons, um an deren Stelle Platz zu nehmen.

Von Tag zu Tag wird es schwerer, Lebensmittel zu beschaffen. Die Fleischvorräthe sind erschöpft; es giebt schon längst keine Rinder und Schafe mehr in den angelegten Viehparks; bald sind auch alle Pferde verzehrt, und es beginnt die Periode, wo die Hunde und Katzen, die Ratten und Mäuse, schließlich auch die Thiere des jardin des plantes, selbst der so beliebte, arme Elefant als Speise dienen müssen. Brot ist beinahe nicht mehr zu erlangen. Stunden- und stundenlang müssen die Leute vor den Bäckereien in der Reihe harren, um ihre kleine Ration zu bekommen, doch die meisten gehen leer aus. Erschöpfung und Krankheiten machen reiche Todesernte. Während gewöhnlich in der Woche 1100 Menschen starben, weisen die Pariser Sterbelisten jetzt wöchentlich 4—5000 auf. Täglich also ungefähr 400 unnatürliche Todesfälle — das heißt also Morde. Wenn auch der Mörders kein Einzelner war, sondern ein unpersönliches Ding, nämlich der Krieg, so sind es darum nicht minder Morde. Wen traf die Verantwortung? Etwa jene parlamentarischen Großsprecher, welche in ihren Reden mit stolzem Pathos erklärten — wie dies Girardin in der Sitzung vom 15. Juli gethan — daß sie die Verantwortung eines Krieges vor der Geschichte auf sich nähmen? Können denn eines Menschen Schultern stark genug sein, solche Verbrechenlast zu tragen? Gewiß nicht. Es fällt auch Niemandem ein, die Prühler nachträglich beim Wort zu nehmen.

Eines Tages, es war um den 20. Januar herum, kam Friedrich, von einem Gang durch die Stadt heimgekehrt, mit erregter Miene in mein Zimmer.

„Nimm Dein Eintragebuch zur Hand, meine eifrige

## Die Waffen nieder!

74

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Ich folgte ihm. Von der Straße drang ein Gemurmel herauf, Gruppen hatten sich gebildet: die Leute standen und sprachen oder wechselten erregte Worte.

Jetzt kam unser Kammerdiener in das Zimmer gestürzt — zugleich erklang eine neue Salve.

„Oh monsieur et madame — c'est le bombardement!“

Zu der offenen Thüre herein drängten nunmehr sämtliche anderen Diener und Dienerrinnen bis herab zum Küchenjungen. Bei solchen Katastrophen — Kriegs-, Feuer- oder Wassernoth — da fallen alle gesellschaftlichen Schranken, da laufen alle Bedrohten zusammen. Viel mehr da laufen alle Bedrohten zusammen. Viel mehr da laufen alle Bedrohten zusammen. Viel mehr da laufen alle Bedrohten zusammen.

Es war entsetzlich — und dennoch, ich erinnere mich genau meiner Empfindung: ein gewisses bewunderndes Erstaunen, eine Art Bewunderung, etwas so Gewaltiges zu erleben, mitten drin zu sein in dieser schicksalsschweren Begebenheit und vor der eigenen Lebensgefahr dabei nicht zu erbeben. Die Pulse schlugen mir, ich fühlte etwas wie — wie soll ich's nennen? — Stolz des Muthes.

Das Ding war übrigens weniger schauerhaft, als es im ersten Augenblick geschienen. Keine brennenden Gebäude, keine angstscheurenden Menschenhaufen, keinen unaufhörlich nur dieses dumpfe, ferne, von langen und längeren Zwischenräumen getrennte Rollen. Man sah nach einiger Zeit beinahe an, sich daran zu gewöhnen. Die Pariser wählten als Spaziergangsort solche Punkte, von welchen aus man als Kanonenwirth besser

ein Geschöß auf die Straße und plachte, aber wie selten kam Einer dazu, zufällig in der Nähe zu sein. Zwar fielen manche tödliche Bomben herab, aber in der Millionenstadt hörte man von diesen Fällen nur so vereinzelt, wie man auch sonst gewohnt ist, unter den Lokalnachrichten seiner Zeitung verschiedene Unglücksfälle zu vernehmen, ohne daß es einem besonders nahe ginge: „Ein Maurer von einem vierstöckigen Gerüst gefallen“ oder „eine anständig gekleidete Frauensperson sich über das Brückengeländer in den Fluß gestürzt“ u. dergl. m. Der eigentliche Kummer, der eigentliche Schrecken der Bevölkerung, das war nicht das Bombardement: das waren der Hunger, die Kälte, die Noth. Aber eine solche Nachricht von einem mitbringenden Geschöß hat mich tief erschüttert. Dieselbe kam in Form einer schwarzumrandeten Traueranzeige in's Haus:

„Herr und Frau A. geben Nachricht von dem Tode ihrer zwei Kinder Francois (8 Jahre alt) und Amélie (4 Jahre) welche eine durch das Fenster fliegende Bombe erschlagen hat. Um stille Theilnahme wird gebeten.“

„Stille Theilnahme! Ich stieß einen lauten Schrei aus, nachdem ich das Blatt überflogen. Ein Gedanke, ein mit Blüheschnelle vor meinem inneren Auge erscheinendes Bild zeigte mir den ganzen Jammer, der in dieser schlichten Traueranzeige lag. Ich sah unsere beiden Kinder, Rudolf und Sylvia — nein, es war nicht auszubedenken!

Die Nachrichten, die man erhält, sind spärlich; alle Postkommunikation natürlich unterbrochen; nur durch Brieftauben und Luftballons wird mit der Außenwelt verkehrt. Die Gerüchte, die allenthalben aufstehen, sind der widersprechendsten Art. Man meldet siegreiche Anfälle, oder man verbreitet die Kunde, daß der Feind schon im zuzünden und dem Erdboden gleich zu machen; oder man versichert, daß, ehe man einen einzigen Deutschen in die Mauern dringen ließe, die Kommandanten der Forts sich selber und ganz Paris in die Luft sprengen würden. Es wird erzählt, daß die sämtliche Bevölkerung des Landes, namentlich aus dem Süden („le midi so leve“) über die

Schneiderei für die Herren Offiziere betreiben, nicht verzichtet werden kann.

Dem einheitlichen Lohnsatz, welcher im Jahre 1918 vereinbart wurde, sind bei Berechnung der Stücklöhne 35—40 Pf. für die Stunde zu Grunde gelegt; vor zwei Jahren ist von allen Firmen, welche auf dem beigefügten Lohnsatz vereinbart sind, eine Aufbesserung der Löhne bis zu 50 Pf. die Stunde zugesagt worden. Der Rod- oder Ueberrod, verlangt zu seiner Fertigstellung 35 bis 40 Stunden; man nahm dann noch längerer Auseinandersetzung mit den Fachmännern der ersten Firmen, z. B. Winter, Kobrecht u. f. w., den Tarif an. Der Arbeiter, welcher fünf arbeitet, kann den Rod in 34 Stunden machen, daher 17 Pf. als Arbeitslohn festgesetzt wurde; bei der Berechnung der anderen Stücke wurde ebenso verfahren.

Die Arbeiter dieser Firmen geben jetzt die Erklärung ab, daß die Arbeit, obgleich die Löhne gekürzt sind, ebenso sauber ausgeführt sein soll wie vormals, und die Stoffe, wie z. B. für Rodposition, sich eher schlechter verarbeiten lassen, als die besten vorherigen Stoffe. Im Anschluß an diese Tatsache müssen wir die volle Zahlung für die Nähe und Zeit fordern, welche wir verwenden müssen, um ein solches Kleid herzustellen. Wir glauben, daß der einzelne Konsument eher in der Lage ist, für den Rod 5 Pf. mehr zu zahlen, als daß der einzelne Arbeiter jede Woche 6 Pf. von seinem nicht zu hoch bemessenen Arbeitslohn opfern kann. Wir müssen daher die Zustimmung, billiger zu arbeiten, entschieden zurückweisen, und erlauben uns, an das Direktorium die Bitte zu richten, den beigefügten Lohnsatz anzuerkennen und in Kraft zu setzen. Schon der Konflikt halber müssen wir diese Forderung stellen, denn sonst hätten alle Firmen, welche mit dem Offizierverein in Konkurrenz stehen, ein Recht, uns zu sagen, wenn der Offizierverein den Arbeitslohn nicht zahlt, dann wollen wir auch diese Verpflichtung betreffs Zahlung eines einheitlichen Lohnsatzes nicht aufrecht erhalten u. f. w. Die Firma Berger und Colani motiviert ihre Maßregel betreffs Kürzung der Arbeitslöhne schon mit diesem Argument. Der wilde Kampf, welcher sich unter dem Geßel der freien Konkurrenz vollzieht, würde sodann zur Folge haben, daß die Löhne im allgemeinen heruntergedrückt würden. Bei der Vereinbarung mit den geehrten Firmen-Inhabern ist dieser Lohnsatz mit der Bedingung angenommen, daß alle Firmen diesen Lohn zahlen und zwar der Konkurrenz halber. Andernfalls soll es gemäß dieser Vereinbarung jeder Firma freistehen, ihren Preisverlauf anzustellen wie es ihr beliebt.

Kann also der Offizierverein bei seinem Preisverlauf nicht bestehen, so mögen die Herren denselben abändern; wir sind nicht gewillt, diesen einseitigen Ausschlag dadurch zu decken, daß wir uns wehren nicht zu hoch bemessenen Arbeitslohn fürzen lassen. Ein Lohn von 40—50 Pf. pro Stunde, von dem wir noch den Arbeitsraum, Licht, Heizung für Bügeleisen, Zwirn, Seide z. zahlen müssen, ist wahrlich nicht zu hoch, umso mehr, wenn man bedenkt, daß uns nur sechs Monate im Jahre volle Beschäftigung gegeben werden kann. Ebenso ist es mit den Zivilkleidern, auch diese Sachen werden durchweg sehr schlecht bezahlet. Der Salonrod aus seinem Tuch oder Sammet u. f. w. erfordert, je nachdem der Stoff, die Farbe des Rodes und das Knopfloch behandelt werden kann, 40—60 Stunden zu seiner Fertigstellung.

Der Arbeiter erhält schreibe und sage 12 Pf. als Arbeitslohn für Fertigstellung eines solchen Kleides; jeder andere Gewerbetreibende, welcher die gleiche Arbeit fordert, zahlt 18 bis 21 Pf. für eine solche Arbeit; bei allen anderen Kleidungsstücken ist das Verhältnis dasselbe.

Das Direktorium ist also höflich gebeten, seine Maßregel nochmals zu prüfen und den beigefügten Lohnsatz anzuerkennen. Es sei gleich bemerkt, daß, wenn diese Aufforderung unbeachtet bleibt, wir gewillt sind, mit Hilfe des Gewerbevereines gegen die Firma vorzugehen. In einer Flugschrift soll den Herren Offizieren der ganzen Armee das Verhalten des Direktoriums, sowie unsere Maßregel motiviert werden. Diese Flugschrift soll in einer solchen Auflage hergestellt werden, daß wir an jeden Offizier und an die gesamte Presse Deutschlands je ein Exemplar senden können. Wir bitten das Direktorium nochmals höflich, uns seinen Entschluß binnen 14 Tagen zukommen zu lassen.

#### Der Vorstand.

Die Presse ohne Unterschied der Parteistellung ist höflich gebeten, diesen Bericht mit dem beigefügten Brief anzunehmen; besonders bitten wir die „Norddeutsche Allgemeine“ und „Kreuzzeitung“ darum, damit den hohen Herren Gelegenheit gegeben wird, uns wenigstens einmal zu hören. Wir wissen nämlich genau, daß die Maßregeln des Direktoriums nicht von allen Mitgliedern des Offiziervereines gebilligt werden.

In Annaberg nahm am Samstag eine öffentliche Versammlung Stellung zu der neuen Militärvorlage. Genosse Th. Bloke kritisierte dieselbe, hierbei den Anwesenden das Wesen und den Charakter des Militarismus klar legend, welcher für die heutige bürgerliche Gesellschaft, wie er an der Entwicklung derselben treffend nachweist, zu einer Notwendigkeit geworden ist und mit dieser steht und fällt. Weiter zeigte der Vortragende, wie die Bourgeoisie den Militarismus für sich ausnützt, welche Lasten derselbe dem Volke aufbürdet und wie er hemmend auf die Kulturentwicklung einwirkt. Wir verlangen, so führte Redner aus, an Stelle des stehenden Heeres eine

Vollwehre und bewilligen für Militärzwecke keinen Mann und keinen Groschen. — Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine lebhaft diskutierte, in welcher Genosse K. Lau zunächst das Wort ergriff, um sich zu der Behauptung zu verteidigen, wir hätten gar keine Ursache, gegen die Militärvorlage zu stimmen, weil das Proletariat nicht mehr zu verlieren habe. Auch gegen eine Volkswehr sei er, weil durch Befestigung des Militärs die industrielle Reserve-Armee noch vergrößert würde. Genosse Bloke, wie auch die weiteren Redner, welche sämtlich im Sinne des Referenten sprachen, beschränkten treffend das Unsinvolle der von Lau gemachten Ausführungen.

Nach Annahme endstehender Resolution, Wahl einer Lokalkommission und Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß die zahlreich von Frauen und Männern besuchte Versammlung. Die Resolution lautet:

Die im Lokal des Herrn Müller zu Rummelsburg tagende öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie ist mit ihm der Meinung, daß der moderne Kapitalismus und sein politischer Schächer, der Staat, des Militarismus bedürfen zur Sicherung des erlernten, daß die Klasse der wirtschaftlich schon maßlos ausgebeuteten Proletarier wohl zur Tragung des größten Teils seiner Kosten verpflichtet wird, daß sie aber durchaus kein Interesse am Bestehen desselben hat. Im Gegenteil hält die Versammlung den Militarismus für das größte Hindernis einer friedlichen Kultur-entwicklung und verwirft ihn deshalb. Sie hält es für selbstverständlich und für der Förderung nicht mehr nötig, daß die Vertretung der Sozialdemokratie im Reichstage auch der neuen Militärvorlage gegenüber die bekannte absolut verneinende Stellung einnimmt.

Die Rittenmacher tagten am Sonntag Vormittag bei verhältnismäßig zahlreicher Beteiligung im „Bredener Garten“. Die Abrechnung des Vertrauensmannes ergab einen Barbestand von 56,30 M., welcher Betrag fast ausschließlich zu den Gewerbevereins-Wahlen auf Sammellisten zusammengebracht worden ist. Auch in agitatorischer Hinsicht ergab die Tätigkeit des Vertrauensmannes ein befriedigendes Resultat. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wir stellen sich die Rittenmacher zu einer nächstjährigen Lohnbewegung resp. zur Annullierung eines Fonds zu derselben?“ entspann sich eine lebhaft diskutierte, in welcher auf die traurigen Lohnverhältnisse in diesem Gewerbe hingewiesen und eine Lohnbewegung als eine Notwendigkeit bezeichnet wurde. Um diese zu ermöglichen, wurde beschloffen, zur Annullierung eines Fonds 5 Pfennig-Marken durch den Vertrauensmann, dem eine Kommission zur Seite stehen soll, auszugeben. Kollege Tschernig empfahl den Anschluß an die Zentralorganisation, welche er als äußerst vorteilhaft schilderte. Seine Ausführungen fanden jedoch in der Versammlung keinen Anklang.

In Köpenick (Zabert's Hirschgarten) fand am Sonntag Nachmittag eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Bruns (Berlin) über die neue Militärvorlage referierte. Der Behauptung, daß dieselbe unbedingt notwendig sei, um den Frieden dauernd zu erhalten, trat Redner auf das Schärfste entgegen, gleichzeitig klar vor Augen führend, wie schädlich ein solcher Wettlauf der Völker zur Erhaltung des Friedens auf die Kulturentwicklung der gesamten Menschheit einwirkt und wie dadurch die ohnedies schon ungeheuren Lasten, welche das Volk zu tragen habe, immer mehr vergrößert werden. An der Diskussion beteiligte sich nur Genosse Buchholz, worauf eine Resolution, welche sich gegen den Militarismus ausspricht, zur einstimmigen Annahme kam. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurden als Kandidaten für die demnächstigen Stadtverordnetenwahlen zur dritten Abteilung die Genossen G. Hoffmann, A. Einsinger, M. Schwan und Fr. Richter in Vorschlag gebracht und von der Versammlung als solche einstimmig anerkannt.

Nachdem noch Genosse Einsinger zu reger Beteiligung an den Wahlen aufgefordert hatte und die Genossen Hoffmann (Zischler), Reuschow und Waldner zu Revisoren gewählt worden waren, schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

In einer Studentenversammlung referierte am 14. November Herr Dr. Christeller über die Schädlichkeit der offenen Koalitions in den Arbeitsräumen auf den Neubauten. An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte über die beste Art und Weise, der Polizeiverordnung Geltung zu verschaffen, welche die Anwendung der offenen Koalitionsverboten. Der Vertrauensmann Kleiner teilte mit, daß ihm auf eine Anfrage vom Königl. Polizeipräsidium die Antwort geworden, die bezügliche Polizeiverordnung gelte nur für Berlin und Charlottenburg, welche beiden Städte dem hiesigen Polizeipräsidium unterständen. Sache der Ortsverwaltungen der sonstigen Vororte von Berlin sei es demnach, selbstständig gegen die gesundheitschädlichen Koalitions, sofern sie in Arbeitsräumen Anwendung finden, Verfügungen zu ergreifen zu lassen. Auf ein Schreiben an den Oberpräsidenten von Preußen habe er noch keine Antwort erhalten. Uebrigens werde eine nationale Regelung der Koalitions

vorhänge angefertigt; die Zentralverbände wollten eine Denkschrift anarbeiten lassen und diese dem Bundesrat übermitteln. Es sprachen zur Sache außerdem die Herren Schulz, Rössner, Thiemer, Hugo Grünberg und Frey Grünberg. Das Resultat der langen Debatte war folgender Beschluß:

„In Erwägung, daß die offene Koalitionsverbotung in Räumen, wo gearbeitet wird, ungemein schädlich auf die Gesundheit des Arbeiters wirkt, erklärt sich die Versammlung ganz entschieden gegen eine derartige Regelung. Die Anwesenden verpflichten sich, solche Bauten unter Angabe der Straße und des Namens des Unternehmers dem zuständigen Polizeibureau oder aber dem Vertrauensmann Kleiner, Rummelsb. 3, auf schnellstem Wege anzuzeigen, damit derselbe die geeigneten Schritte zur Abschaffung dieses von gewissenlosen Unternehmern heraufbeschworenen Übels veranlassen kann. Ferner beschloß die Versammlung: „Um die bei den Versuchen zur Befestigung der offenen Koalitions event. gemäßigten Kollegen unterstützen zu können, verpflichten sich die Anwesenden, dahin zu wirken, daß vom nächsten Sonnabend ab alle arbeitenden Kollegen Berlins und Umgebungen einen Mindestbeitrag von 25 Pf. an den Vertrauensmann Kleiner und den Hilfskassieren auszugeben sind, zu sammeln.“

Als Hilfskassierer wählte man dann die Herren Kusch, Schiemann, Lichte, Dielmann, G. Preuß, Franz Meier, Hübner, Göhe, Krebs und Schünemann. Dieselben haben alle vier Wochen mit dem Vertrauensmann Meier abzurechnen. Zum Schluß beschloß man noch, daß in der nächsten Versammlung die Abrechnung sowohl über die Sammlung vermittels sogenannter Unterstützungsämtern, wie auch über die Sammlung für die streikenden Köpfer zu geben sei. Als Revisoren für die Abrechnung wurden die Herren Kuskow, Daste und Krebs gewählt. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Schuh-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm am 14. d. M. einen Vortrag des Kollegen Kläh-Eimhorn über politische und gewerkschaftliche Beziehungen mit Beifall entgegen. Der Vortragende wies in seinem Referat besonders die Existenzberechtigung der gewerkschaftlichen Bewegung hinsichtlich der ihr zuzuliebenden Aufgabe, den Arbeitern eine bessere Lebenslage zu verschaffen, wie auch hinsichtlich ihrer agitatorischen Wertes als Vorkämpfer der politischen Bewegung nach, betonte daß in der Gewerkschaftsbewegung ruhende moralische und sittliche Momente und folgerte, daß die Gewerkschaftsbewegung die verurteilte Vertreterin des Proletariats und mit allen Mitteln zu unterstützen sei. Mit der politischen Bewegung allein wäre es nicht getan, ohne Gewerkschaftsbewegung würde ihr eine gewaltige agitatorische Kraft ermangeln. Bei Besprechung der politischen Bestrebungen legte der Vortragende, veranlaßt durch einen Widerspruch, mit besonderem Nachdruck den propagandistischen Wert, des Parlamentarismus klar und veranschaulichte ebenso die Notwendigkeit der Betätigung in der politischen Bewegung. Nicht möglich sei es, die Gewerkschaftsbewegung von der politischen Bewegung zu trennen. Beide seien der Hand in Hand zu wirken, um die heutige Gesellschaft abzulösen. Der Vortragende ermahnte zur Einigkeit, zum Kampfe Schulter an Schulter und zum Hinausgehen aller persönlichen Streitigkeiten. In der Diskussion kamen fast nur Vertreter der „unabhängigen“ Strömung zum Worte. Die Debatte gestaltete sich demzufolge sehr lebhaft und langwierig. Die Beschlüßfassung einer beantragten, dem Referenten zustimmenden Resolution wurde für überflüssig erachtet. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Besprechung der schwarzen Listen hiesiger Schuhfabrikanten abgebrochen werden und wird diese Angelegenheit eine spätere öffentliche Versammlung beschäftigen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 7. November eine Mitgliederversammlung ab, in der Robert Schmidt zunächst einige Aufklärungen über die physikalischen Apparate in der Urania gab. Sodann verlas der Kassier die Abrechnung vom Sommerfest: Dieselbe ergab eine Einnahme von 664,90 M., eine Ausgabe von 698,30 M., sodas ein Defizit von 33,40 M. verbleibt. An Willeis stehen noch 302 Stück aus. Nach erfolgter Bestätigung der Abrechnung wurde der Kassier entlastet. Nachdem hierauf bekannt gegeben war, daß Wimmer das ihm übertragene Amt in der Werkstatt-Kontrollkommission nicht annehme, wurde beschlossen, diese Kommission mit vier Mitgliedern besetzen zu lassen. Neu aufgenommen wurden 11 Kollegen.

Die Schleifer hielten kürzlich eine Branchenversammlung ab, in welcher Kopmann über die Kämpfe der Arbeiterorganisationen einen mit großem Interesse verfolgten Vortrag hielt. An denselben knüpfte sich eine rege Debatte. Unter Beschlußnahme wurde zur fleißigen Benutzung der Bibliothek aufgefordert, welche jeden Montag und Donnerstag Abend für den Norden bei Schayer, Brunnenstr. 40, und für den Süden bei Schmidt, Waldstr. 16, geöffnet ist. Nachdem Jerschel zum Mitglied der Sachkommission gewählt worden war, fand Schluß der Versammlung statt.

Geschichtsschreiberin! rief er mir zu. Heute giebt es einen wichtigen Posten. Und er warf sich in einen Sessel.

Welches meiner Bücher? fragte ich. Das Friedensprotokoll?

Friedrich schüttelte den Kopf: O, mit dem ist's wohl für lange Zeit vorbei. Der Krieg, der jetzt gefochten wird, ist zu gewaltiger Natur, um nicht kriegerisch fortzuwirken. Auf der Seite der Besiegten hat er einen solchen Vorrath von Haß und Rachefantasten ausgestreut, daß daraus eine künftige Kampfernte hervorzunehmen muß; und andererseits hat er für den Sieger solche großartige unwägbare Erfolge zu stande gebracht, daß dort eine gleich große Saat von kriegerischem Stolz aufgehen wird.

Was ist denn so Bedeutendes geschehen?

König Wilhelm wurde in Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen. Es giebt jetzt ein Deutschland — ein einiges Reich — und ein mächtiges Reich. Das giebt einen neuen Abschnitt in der sogenannten Weltgeschichte. Und Du kannst Dir denken, wie aus dem neuen, aus Waffenarbeit hervorgegangenen Reiche diese Arbeit hoch in Ehren gehalten sein wird. Die beiden vorgeschrittensten Kulturländer des Festlandes sind es also hinfür, welche den Krieggeist pflegen werden — das eine, um den erhaltenden Schlag zurückzugeben; das andere, um die errungene Machtstellung zu bewahren; hier aus Haß, dort aus Liebe; hier aus Vergeltungssucht, dort aus Dankbarkeit — gleichviel: klappe Dein Friedensprotokoll nur zu — auf lange Zeit hinaus stehen wir unter dem blutigen und eisernen Zeichen des Mars.

Deutscher Kaiser! rief ich — das ist wahrlich großartig. Und ich ließ mir die Einzelheiten dieses Ereignisses erzählen.

Ich kann doch nicht umhin, Friedrich, sagte ich, mich über diese Nachricht zu freuen. So ist die ganze Schlachtarbeit doch nicht verloren gewesen, wenn daraus ein neues großes Reich hervorgegangen.

Vom französischen Standpunkt aber doppelt verloren. Und wir beide hätten wohl das Recht, diesen

Krieg nicht einseitig — von der deutschen Seite — zu betrachten. Nicht nur als Menschen, sogar nach engerem, nationalem Begriffe hätten wir das Recht, die Erfolge unserer Feinde und Unterwerfer von 1866 zu beklagen. Und dennoch, ich gebe mit Dir zu, daß die errichtete Vereinigung des zerstückelten Deutschlands eine schöne Sache ist; daß diese Bereitwilligkeit der übrigen deutschen Fürsten, dem greisen Sieger der Kaiserkrone zu reichen, etwas Begreifendes, Bewundernswertes hat. Es ist mir schade, daß eine solche Vereinigung nicht aus friedlichem, sondern aus kriegerischem Werke hervorgegangen ist. Wie also, wenn Napoleon III. die Herausforderung des 19. Juli nicht abgelehnt hätte, wäre da in den Deutschen nicht genug Vaterlandsliebe, nicht genug Volkskraft, nicht genug Einigkeit gelegen, um aus sich heraus dasjenige zu bilden, woraus sie jetzt ihren Nationalstolz sehen werden: „Ein einzig Volk von Brüdern“? — Jetzt werden sie jubeln — des Dichters Wunsch ist erfüllt. Daß sie vor kurzen vier Jahren einander in den Haaren legten, daß es für Hannoveraner, Sachsen, Frankfurter, Nassauer und so weiter keinen ärgeren Haßbegriff gab als „Preußen“ — das wird zum Glück vergessen sein. Dafür aber der Deutschenhaß, hier zu Lande, wie wird der nunmehr gedeihen!

Mir schauerte. Das bloße Wort Haß — begann ich — Ist Dir verhaßt? Du hast recht. So lange dieses Gefühl nicht recht und ehelos gemacht wird, so lange giebt es keine menschliche Menschheit. Der Religionshaß ist überwunden, aber der Völkergaß bildet noch einen Theil der bürgerlichen Erziehung. Und doch giebt es nur ein veredelndes, ein beglückendes Gefühl hienieden — das ist die Liebe. Nicht wahr, Martha, davon wissen wir etwas zu erzählen?

Ich lehnte meinen Kopf an seine Schulter und blickte zu ihm auf, während er mir zärtlich das Haar aus der Stirne strich.

Wir wissen, fuhr er fort, wie süß es ist, wenn im Herzen so viel Liebe wohnt — für einander, für unsere Kleinen, für alle Brüder der großen Menschenfamilie,

denen man so gern, so gern das drohende Leid ersparen wollte. . . Aber sie wollen nicht.

Nein, mein Friedrich — so umfassend ist mein Herz doch nicht. Die Hassenden alle kann ich nicht lieben.

Aber doch demitleiden?

In dieser Weise plauderten wir lange weiter. Ich weiß es noch heute so genau, weil ich damals öfters — neben den kriegerischen Ereignissen — auch Bräutigam unserer daran geknüpften Gespräche in die roten Heste eintrug. An jenem Tage haben wir auch wieder einmal von der Zukunft gesprochen: jetzt würde Paris kapitulieren müssen, der Krieg hatte ein Ende — und dann konnten wir wieder mit gutem Gewissen glücklich sein. Da überschauten wir die Gewehrleistungen unserer Stiefs. In den acht Jahren unserer Ehe nicht ein hartes, nicht ein unfreundliches Wort — so viel mit einander durchgelitten und durchgenossen — so war unsere Liebe, unser Einssein derart befestigt, daß eine Abnahme nicht mehr zu fürchten war. Im Gegentheile: — mir freudiger würden wir uns aneinander schließen — jedes neue gemeinschaftliche Erlebnis gäbe zugleich ein neues Band ab. Wenn wir erst ein paar weißhaarige alte Leute geworden — mit welcher Freude konnten wir da auf die ungetrübte Vergangenheit zurückblicken, welcher goldglänzender Lebensabend lag dann noch vor uns! . . . Dieses Bild von dem glücklichen alten Pärchen, das wir einst abgeben sollten, hatte ich mir so oft und lebhaft vorgestellt, daß es sich mir ganz deutlich eingepägt und sogar im Traum sich wiederholte, wie etwas wirklich Geschehenes. Mit verschönderten Einzelheiten: Friedrich mit einem Sammtkäppchen und einer Gartenschere . . . ich weiß selber nicht warum, denn niemals hatte er Lust zur Gärtnerei gezeigt, und von einem Hauskäppchen war schon gar nie die Rede gewesen; — ich mit einem sehr kokett gesteckten schwarzen Spitzen-tuche auf dem silberweißen Haar, und als Umgebung ein von der untergehenden Sommer Sonne warm erleuchtete Parkpartie; dazu lächelnd getauschte freundliche Blicke und Worte wie: „Weißt Du noch? . . . Erinnerst Du Dich, damals als —“ (Fortsetzung folgt.)